

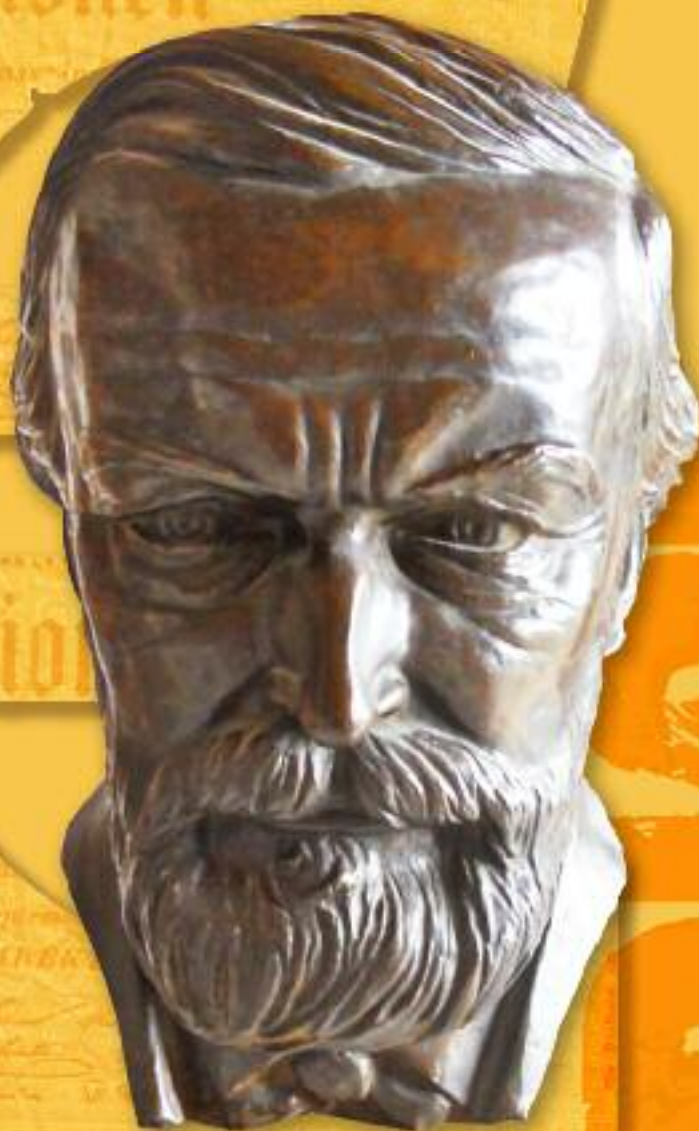
FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Silvio Gesell

immer noch
aktuell

zum 150. Geburtstag des Sozialreformers



Forderungen an die Europäische Zentralbank
Neue Chancen für Griechenland
Expressgeld statt Euroaustritt

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich frage mich, ob ich mich wohl in diesen Typen namens Silvio Gesell verliebt hätte, wäre ich wie er im 19. Jahrhundert geboren. Könnte sein. Er war ein Weltbürger, der ohne Scheuklappen durchs Leben ging, er war sozial bewegt, hatte einen scharfen Verstand und war wortgewandt – und er war sehr mutig! Seine Verteidigungsrede von 1919, als er aufgrund seiner Beteiligung an der ersten Münchner Räterepublik als Volksbeauftragter für das Finanzwesen wegen Hochverrats angeklagt war, belegt das in beeindruckender Weise. Damals schien die Umsetzung seiner Reformen bereits für einen Augenblick zum Greifen nah. Doch es kam leider anders, mit all den negativen Folgen der anschließenden Hyperinflation und Deflation, die am Ende in die Nazi Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg mündeten.

Heute stecken wir wieder in einer lang andauernden Krise, die offiziell mit der US-Immobilienkrise 2007 ihren Anfang nahm. Dabei können wir nicht unvernünftige Amerikaner verantwortlich machen, die – wie es immer vorwurfsvoll heißt – »über ihre Verhältnisse gelebt« hätten. Denn im Grunde geht es darum, dass unser fehlerhaftes Geldsystem in den nunmehr über 60 Nachkriegsjahren wieder so große Vermögen produziert hat, dass der Rest der Welt ver- und in zunehmendem Maße überschuldet ist.

Griechenland zum Beispiel ist mittlerweile zu über 160 Prozent seiner Wirtschaftskraft verschuldet. Die Bevölkerung wird durch die Zinslasten erdrückt, die Wirtschaft steckt in einer schweren Rezession. Man rechnet damit, dass auch in diesem Jahr zehntausende Firmen Insolvenz anmelden müssen – während der griechische Staat von der EU vor einer solchen »gerettet« wird. Dabei dient das neue »Rettungspaket« lediglich dazu, die Schuldentragfähigkeit wiederherzustellen. Ein Teil der Kre-

dite fließt auf ein Sperrkonto, das den Zinszahlungen und der Tilgung von Krediten vorbehalten ist. Das hat Vorrang vor anderen Staatsausgaben. Und bei der so genannten privaten Beteiligung wird eh nur das abgeschrieben, was die Gläubiger sowieso nicht mehr bekommen können.

Doch nicht nur Griechenland, auch alle anderen europäischen Staaten sind stark verschuldet. Die tieferen Gründe werden bisher außer Acht gelassen. Stattdessen versucht man mit EFSM, EFSF und ESM (was kommt dann?) ein krankes System am Leben zu erhalten. Auch die im EU-Fiskalpakt vorgesehene Schuldenbremse ist keine Lösung. Sie wird zum weiteren Abbau des Sozialstaats führen und den Verschuldungsdruck auf die anderen beiden Sektoren – Wirtschaft und Privathaushalte – erhöhen. Parallel dazu wird die Europäische Zentralbank zur Europäischen Zentraldruckerei. Das ist unverantwortlich.

Wir machen in diesem Heft einige andersartige Vorschläge, die auf Silvio Gesell zurückgehen, dessen Geburtstag sich in diesem Jahr zum 150. Mal jährt. Wir sind der Meinung, dass diese uns allen eine bessere Zukunft ermöglichen. Darum bitten wir Sie, dieses Heft an möglichst viele Menschen – insbesondere an Politiker, Banker und Ökonomen – weiterzuverteilen, damit auch sie diese Ideen diskutieren ... und umsetzen.



Viele Grüße

Beate Bockting

Inhalt

- 3 Beate Bockting: Verarmung und Ausplünderung der griechischen Bevölkerung
- 4 Seminar für freiheitliche Ordnung: Neue Chancen für Griechenland
- 6 Christian Gelleri und Thomas Mayer: Expressgeld statt Euroaustritt
- 11 Interview mit Christian Gelleri und Thomas Mayer
- 12 INWO Deutschland
- 14 INWO Schweiz
- 16 Monica Gassner: 150. Geburtstag von Silvio Gesell – Gesells Nachkommen in der Schweiz
- 18 Der Auftrag der Europäischen Zentralbank – und wie er erfüllt werden kann
- 20 Überreichtum erzeugt Armut – Interview mit Günther Moewes
- 21 Buchvorstellungen
- 22 Termine
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 8. Jahrgang, Nr. 1 März 2012, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), H. Barth
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © Wilhelmine Wulff / PIXELIO.de / © Gerd Altmann / PIXELIO.de / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTi-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: Kostas Koufogiorgos; 4: © Iris Schmitt / PIXELIO.de; 6: © www.liligraphe.de / PIXELIO.de; 7: © eda / PIXELIO.de; 8: Grafik: Gelleri/Mayer; 9: © Dieter Schütz / PIXELIO.de; 12: © S-1.Hofschlaeger / PIXELIO.de; 13: © Wilhelmine Wulff / PIXELIO.de; 14: SR DRS; 15: © Benjamin Thorn / PIXELIO.de; 19: Grafik: Tobias Schütze; 22: © Joss / fotolia.com

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE 31 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Verarmung und Ausplünderung der griechischen Bevölkerung

Im Frühjahr 2010 verdichteten sich die Anzeichen, dass Griechenland kurz vor einem Staatsbankrott stand, da das Geld zur Rückzahlung fälliger Kredite fehlte. Am 23. April 2010 beantragte das Land daraufhin offiziell EU-Hilfe – seither legten die Griechinnen und Griechen einen Marathon aufgezwungener »Spar- und Konsolidierungsprogramme« zurück.

Die drei Sparpakete vom März/ April 2010, Mai 2010 und Juni 2011 reichten aber noch nicht aus, so dass im September 2011 ein weiteres angekündigt wurde. 150.000 Arbeitsplätze werden bis 2015 im öffentlichen Dienst abgebaut. Hunderttausende verloren ihre Jobs in der freien Wirtschaft aufgrund der anhaltenden Rezession. Bereits nach dem ersten Sparpaket war die Arbeitslosenquote auf über 20 Prozent gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mittlerweile sogar bei 50 Prozent. Fast jede Familie ist davon betroffen. Im November stieg die Arbeitslosenzahl erstmals in der jüngeren Geschichte Griechenlands über eine Million. Das Fatale: Nur etwa jeder Dritte bekommt Arbeitslosengeld, und das auch nur für ein Jahr. Sozialhilfe oder Hartz IV gibt es in Griechenland nicht. Nach und nach fallen somit Hunderttausende, die ihre Jobs verloren haben, aus der Arbeitslosenhilfe und außerdem gleichzeitig aus der Krankenversicherung heraus.

Der Mindestlohn wurde um 22 Prozent gekürzt, der für unter 25-Jährige sogar um 32 Prozent. Das hat zusätzliche böse Auswirkungen auf die Arbeitslosen: Weil das Arbeitslosengeld an den Mindestlohn gekoppelt ist, sinkt sie von 461 auf 359 Euro. »Auf uns kommt eine Lawine des Elends zu«, sagt Ada Alamanou von der Hilfsorganisation Klimaka, die Wohnungslose betreut, in einem Zeit Online-Artikel vom 22. Februar. Es gebe allein in Athen geschätzt 20.000 Menschen, die kein Dach mehr über dem Kopf haben. »Wir sind mit einer humanitären Krise konfrontiert«, meint auch der Zahnarzt Kanakis, weil das staatliche Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch steht. Das alles geschieht auf Weisung der Troika aus EU, EZB und IWF.

Da die Renten ebenfalls gekürzt wurden, kämpfen auch viele Rentner mit Armutsproblemen und können ihre Strom- und Heizkostenrechnungen nicht mehr bezahlen. Menschen, die vom Müll anderer leben, Bett-

ler auf den Straßen, kirchliche Armenspeisungen ... dies hält wieder Einzug in die griechische Gesellschaft. Nach Berechnungen der EU-Statistikbehörde leben mittlerweile fast 28 Prozent der 18- bis 64-Jährigen an oder unter der Armutsgrenze.

Die Situation wird sich mit den neuerlichen Sparmaßnahmen, die mit dem frischen »Rettungspaket« vom Februar diesen Jahres einhergehen, verschlimmern. Um fast sieben Prozent ist die Wirtschaftsleistung 2011 eingebrochen, das dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen. Weil das BIP schrumpft, steigen Defizit- und Schuldenquoten. Der griechische Finanzminister muss deshalb weiterhin mehr Steuern eintreiben und noch mehr Ausgaben streichen, um die Sparvorgaben zu erreichen. Damit entzieht er der Wirtschaft noch mehr Geld und verstärkt so die Rezession – ein Teufelskreis. Und die Reichen haben längst große Teile ihres Vermögens außer Landes gebracht.

Gerade wurde Griechenland abermals vor einem Staatsbankrott bewahrt. Nach dem ersten Rettungspaket von EU und IWF vom April 2010 haben die Euro-Finanzminister ein weiteres Hilfspaket in Höhe von 130 Milliarden Euro beschlossen. Doch auch damit wird Griechenland nicht wirklich gerettet, die »Hilfe« ist lediglich dazu da, die Schuldentragfähigkeit wiederherzustellen und die Zinszahlungen sicherzustellen. Eine entsprechende Analyse muss bestätigen, dass Griechenland im Jahr 2020 einen Schuldenstand von »nahe« 120 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen kann. Die griechischen Staatsfinanzen sollen unter die Kontrolle der EU gestellt werden, damit die Gläubiger zuerst bezahlt werden, bevor Geld für den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich ausgegeben wird.



Auch wenn die griechische Regierung die Politik der Troika mitträgt, weil sie sonst ein »unkontrollierbares wirtschaftliches Chaos« befürchtet, lehnt die Bevölkerung diese mehrheitlich ab (90 Prozent laut Umfragen). Die Bürger spüren, dass von dem Hilfgeld nichts bei ihnen ankommt. So stürzt das Land nicht allein in eine wirtschaftliche, sondern auch in eine schwere politische Krise, die ihren Ausdruck nicht nur in zerrissenen Parteien und Generalstreiks findet, sondern mittlerweile auch in gewaltsamen Protesten.

Die Einschätzung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, die finanzielle Lage Griechenlands gleiche einem Fass ohne Boden, ist leider richtig – solange deflationäre Zustände herrschen und die griechische Wirtschaft sich nicht aus eigener Kraft erholen kann. Viele Kommentatoren sind sich darin einig, dass das Land gezwungen sein wird, die Eurozone zu verlassen und zur Drachme zurückzukehren. Und auch die Kritik an der aufgezwungenen Sparpolitik wird lauter: »Die Griechen sparen sich tot«. Renommiertere US-Ökonomen, aber auch deutsche Experten, fordern stattdessen ein Wachstumsprogramm. Wie das vernünftig aussehen kann, möglichst bevor der Euro-Währungsraum auseinanderbricht, lesen Sie in diesem Heft.

Beate Bocking

Neue Chancen für Griechenland

Ein ordnungspolitischer Drei-Schritt aus geordneter Insolvenz, geldpolitischer Innovation und Strukturreformen erspart Griechenland den Euro-Austritt und den Europäern einen Superstaat.

Griechenland muss sparen, um wenigstens einen Teil seiner Schulden tilgen zu können und für den Kapitalmarkt wieder ein verlässlicher Partner zu werden.

Die notwendigen Sparanstrengungen werden dem Land in einem nicht enden wollenen Prozess von der Troika aus IWF, EU und EZB diktiert – als Voraussetzung für deren Finanzhilfen, ohne die das Land seine Schulden nicht bezahlen kann. Dieses Verfahren kommt einer nie erklärten, aber faktischen, unregulierten Staatsinsolvenz gleich. Und mit

heute auf einen Weg gedrängt, auf dem es sowohl seine Demokratie als auch seine ökonomische Zukunft verspielt. Die folgenden drei Schritte können aus diesem Dilemma herausführen.

1. Geordnete Insolvenz

Erstens braucht Griechenland eine geordnete Insolvenz – auch weitere Staaten, die ihre Schuldenlast nicht tragen können, werden sie brauchen. Wir benötigen daher in Europa eine Verfahrensordnung für die geordnete Insolvenz von Staaten¹⁾, und zwar im

zugleich der Tendenz zur Aufblähung der EU zu einem Superstaat, der die verschuldeten Staaten als abhängige Provinzen behandelt, die Grundlage entzogen.

Die Insolvenz ist notwendig für ein finanzielles Überleben der überschuldeten Staaten. Unternehmen können im Insolvenzfall liquidiert werden, also untergehen, wenn ein Sanierungsplan keine Zustimmung findet. Dem Staat, der Insolvenz anmeldet, muss – wie in der Privatsolvenz dem Privaten – die Möglichkeit einer weiteren Existenz auf Basis eines klar zu definierenden Existenzminimums belassen werden. Ihn mehr zu belasten, ist dem Staat und seinen Bürgern nicht zuzumuten, ihn weniger zu belasten, ist den bisherigen Gläubigern nicht zuzumuten und wird das Vertrauen der Kapitalmärkte nicht wieder herstellen.

2. Staatliche Parallelwährung

Zweitens braucht Griechenland eine Parallelwährung, etwa unter der Bezeichnung Drachme, die von der griechischen Notenbank als zusätzliches gesetzliches Zahlungsmittel ausgegeben wird. Dies erspart dem Land den Austritt aus dem Euro und damit eine Währungsreform. Das vorsorglich schon ins Ausland geflüchtete Geldkapital könnte nach Griechenland zurückkehren. Laufende staatliche Zahlungen werden 1:1 umgestellt. Durch eine dosierte Inflationierung der Parallelwährung von 5% p.a. wird die griechische Binnennachfrage stabilisiert und mit

dem Angebot wachsen. Die Bevölkerung wird rasch lernen, sich inflationsgerecht zu verhalten, also beim Umgang mit der Drachme zu berücksichtigen, dass deren Wertaufbewahrungsfunktion eingeschränkt ist.²⁾

Erst eine wirtschaftliche Erholung und sinkende Arbeitslosigkeit machen die notwendigen Strukturreformen demokratisch akzeptabel, weil sie dem Einzelnen das Vertrauen geben, dass er nicht ins ökonomische Nichts fällt, sondern neue Chancen bekommt.

ihm geht auch die für Insolvenzverfahren übliche Entmündigung des Schuldners einher, die sich mindestens über die nächsten zehn Jahre hinziehen dürfte. Wie wenig die Situation verstanden wird, zeigt die in letzter Zeit vielfach erhobene Forderung, Griechenland einen EU-Sparkommissar ins Land zu schicken – der in Gestalt der Troika doch bereits permanent dort ist. Griechenland wird

Wesentlichen aus zwei Gründen:

Die Insolvenz ist notwendig für einen demokratisch gestaltbaren Neuanfang. Statt einer zeitlich unabsehbar sich hinziehenden Entmündigung der demokratisch gewählten Organe des Schulden-Staates durch die EU begrenzt die Insolvenz den unvermeidlichen Souveränitätsverzicht des Schuldners zeitlich auf die Dauer des Verfahrens. Damit wird

Auf die Stabilisierung bzw. Stärkung der Binnennachfrage kommt es jetzt entscheidend an. Denn die notwendigen Sparmaßnahmen des Staates bedeuten zunächst einmal einen erheblichen Ausfall staatlicher Nachfrage – also das Gegenteil eines traditionellen Konjunkturprogramms. Deshalb ist



das Land jetzt schon in die Rezession abgescackt und wird weiter in eine Abwärtsspirale hineingetrieben. Griechenland braucht jetzt zum Ausgleich für die schrumpfende staatliche Nachfrage ein Wachstum der privaten Nachfrage! Bei einem zum Sparen verurteilten Staat kann das nur noch mit geldpolitischen Maßnahmen erreicht werden, am einfachsten durch eine leichte, aber fühlbare Inflation der Drachme von unter, aber nahe 5%. Alle Einkommen werden dadurch unverzüglich zu Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen und als Ersparnisse – bei einer steiler zu gestaltenden Zinsstrukturkurve für Drachme-Anlagen – von liquiden zu längerfristigen Anlagen und Sachinvestitionen (siehe Fußnote 2). Durch einen – jetzt vielfach geforderten – Euro-Austritt Griechenlands soll konjunkturpolitisch durch Abwertung bei der Exportförderung angesetzt werden. Mit der Drachme als Parallelwährung wird ohne solchen Austritt die Binnenkonjunktur direkt gefördert.

**Durch die Parallelwährung
wird sich nach und nach
Zuversicht einstellen.
Erst dadurch werden die
Konzeption und die
Durchführung von
Strukturreformen in
demokratischer Eigenregie
Griechenlands möglich.**

Wer die Nachteile dieses Weges, insbesondere die Mühen der doppelten Preisauszeichnung, des freien Wechselkurses zum Euro usw. vermeiden möchte, setze sich für die Drachme als staatliches Parallel- oder Nebengeld ein, das bei festem Umtauschkurs zum Euro von 1:1 mit einfacher Preisauszeichnung auskommt. Auch das Nebengeld ist gesetzliches Zahlungsmittel, das die Notenbank ausgibt. Alle Verträge, Steuern und sonstigen Zahlungspflichten, auch neue, laufen weiterhin auf Euro, können aber, soweit sie inländische sind, auch mit dem Nebengeld getilgt werden, das durch die konsequente Umstellung aller inländischen Staatsausgaben (Gehälter, Renten, Beschaffungen) in den Umlauf kommt. Die Sicherung seines weiteren Umlaufs und damit der Binnennachfrage kann wegen der Bindung an den Euro als Wertmesser nicht durch eine dosierte Inflation erreicht werden. Vielmehr ist man auf

eine Entwertung der einzelnen Geldscheine angewiesen, wie sie in Deutschland bei Regiogeldern, etwa beim Chiemgauer praktiziert wird.³⁾ Der Umtausch in Euro soll rechtlich nicht behindert, sondern nur ökonomisch ein wenig gehemmt werden. Um eine Flucht in den Euro zu verhindern, dürfte eine Umtauschgebühr ausreichen, die in der Nähe des Betrages liegt, um den der Geldschein in einem Jahr entwertet wird.⁴⁾

3. Strukturreformen

Drittens braucht Griechenland tiefgreifende Strukturreformen, die die Rechtsstaatlichkeit und Rationalität seines Staatswesens sowie die Produktivität seiner Wirtschaft deutlich verbessern und die Schuldentragfähigkeit des Staates erhöhen. Das bedeutet für viele Griechen einen schmerzhaften Verlust von Privilegien und Besitzständen, Einkommen und Sicherheit. Auch wenn man viele der bestehenden Strukturen, auf denen diese Sondervorteile beruhen, als unberechtigt ansehen muss, so wird ihre Abschaffung für die Beteiligten doch einen gravierenden Einschnitt und damit zugleich eine fundamentale Verunsicherung bedeuten, die die Reformen auf demokratischem Wege unwahrscheinlich und auch durch Druck von außen (EU-Sparkommissar) wegen zunehmender innerer Unruhen schwer durchsetzbar machen wird.

Erst eine Stabilisierung der Nachfrageseite der Wirtschaft (im Sinne des vorgeschlagenen 2. Schrittes) und die dadurch allmählich sich einstellende Verbesserung der Beschäftigungslage machen die Strukturreformen, die das Staatswesen und die Angebotsseite der Wirtschaft sanieren sollen, demokratisch akzeptabel, weil sie dem Einzelnen das Vertrauen geben, dass er nach dem Verlust seines Privilegs oder sonstigen Sondervorteils nicht ins ökonomische Nichts fällt, sondern an anderer Stelle und in anderer Weise neue Chancen bekommt und ergreifen kann. Diese Zuversicht wird sich nach und nach einstellen und den Widerstand gegen die schmerzlichen, aber notwendigen Einschnitte senken. Erst dadurch werden die Konzeption und die Durchführung von Strukturreformen in demokratischer Eigenregie Griechenlands möglich. Dann können die EU-Sparkommissare in Brüssel bleiben und die unfreiheitlichen, zentralistischen Tendenzen der EU vermieden werden.

Die drei Schritte bilden erst zusammen ein schlüssiges Gesamtkonzept. Dieses bietet Griechenland ökonomisch und demokratisch realistische und erstrebenswerte Perspektiven; es wird die nationalistisch-emotionalen Aufwallungen zwischen einzelnen EU-Ländern wieder beruhigen und zugleich eine Ausuferung der EU zu einem Superstaat verhindern. Heute besteht Einigkeit nur über die

Notwendigkeit liberaler Strukturreformen. Aber kaum jemand traut Griechenland in der schweren Rezession, in der das Land seit Jahren steckt, und bei der jetzt schon hohen Arbeitslosigkeit zu, diese Reformen demokratisch zu bewältigen. Deshalb scheint der Sparkommissar aus Brüssel für lange, demokratisch schwer erträgliche Jahre unvermeidbar. Aber eine geldpolitische Innovation macht ihn entbehrlich, weil sie zu einer Konjunkturbelebung führt, die allen Strukturreformen in griechischer Eigenregie politisch Rückenwind verleihen wird. Sie ist so gut wie risikolos, weil ein politischer Rückzug durch Annullierung aller Drachmen mit Rücktausch in den Euro jederzeit möglich bleibt. Sie sollte erprobt werden!



Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst v. Heynitz sind Vorstandsmitglieder des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. in Bad Boll. Dieses Positionspapier steht auf den Internetseiten des SffO als PDF-Dokument zum Download und zur Weiterverbreitung bereit: www.sffo.de

Fußnoten:

¹⁾ Zum Verfahren des »Londoner Clubs«, das heute schon möglich wäre, Ernst-Moritz Lipp, Zeit zum Strategiewechsel, FAZ vom 16.02.2012, Seite 12; zur längerfristigen Lösung siehe den Leserbrief von Eckhard Behrens, FAZ vom 12.11.2011, Seite 19.

²⁾ Eckhard Behrens, Wieviel Inflation? In Fragen der Freiheit 265, S. 3-19; derselbe, Die Finanzkrise, FdF 281, S. 30-41; www.sffo.de/Aufsätze

³⁾ Dabei kann eine elegantere Technik als das bekannte Kleben von Gebührenmarken gewählt werden, z.B. könnte die Entwertung in den Sicherheits-Magnetstreifen der Geldscheine einprogrammiert werden, siehe dazu Marvin Goodfriend, Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy, Working Paper 2000-03 der Federal Reserve Bank of Richmond www.richmondfed.org/publications/research/working_papers/2000/wp_00-3.cfm

⁴⁾ Ausführlich Eckhard Behrens, Euro- oder Schuldenkrise, und: Griechenland braucht Regiogeld, in FdF 282 Seite 77 - 96; www.sffo.de/Aufsätze

Expressgeld statt Euroaustritt

Weder immer neue Rettungspakete für die Krisenstaaten noch deren Austritt aus dem Euro löst die bestehenden Probleme in der europäischen Währungsunion. Vielversprechend wäre dagegen die Herausgabe eines staatlichen Regiogeldes mit Umlaufimpuls und Abflussbremse, zusätzlich zum Euro. Damit kann ein dauerhafter Wirtschaftsaufschwung gelingen.

Bislang wird immer wieder diskutiert, Griechenland, Portugal und andere überschuldete Länder der Euro-Zone müssten irgendwann aus dem Euro austreten, da dieser zu hart und strangulierend für diese Länder sei. Der harte Euro passe nicht zur schwachen Wirtschaft der Länder, inländische Leistungen seien zu teuer, weshalb die Länder aus der Rezession, Arbeitslosigkeit und sinkenden Steuereinnahmen nicht herauskommen könnten.

Euro-Austritt riskant

Ein Austritt aus der Euro-Zone verbunden mit der Einführung einer neuen Nationalwährung wie Drachme, Escudo oder irische Pfund würde zu einer starken Abwertung gegenüber dem Euro führen und dadurch vor allem die Lohnkosten auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken. Gleichzeitig würden aber alle Importe teurer und für Geringverdiener unbezahlbar. Da die Altschulden auf Euro laufen, würden die Schulden im Verhältnis zur

nitätsstärkere Länder eine Garantie übernehmen.

Ein Austritt aus dem Euro samt Staatsbankrott ist durchaus riskant und könnte die Länder wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückwerfen. Es gibt zwar erfolgreiche Beispiele wie Argentinien, das sich nach 2002 relativ schnell wieder aufrappeln konnte. Es gibt aber auch zahlreiche andere Beispiele, wo eine jahrelange Rezession folgte. Zudem könnte der Austritt eines Landes den ganzen Euroraum destabilisieren und weitere Länder in große Schwierigkeiten bringen.

Das eigentliche Hauptproblem ist jedoch, dass die Staaten nichts dazulernen. Sie fangen wieder mit neuen Schulden an und landen nach ein paar Jahrzehnten in der gleichen Schuldenfalle. Griechenland wiederholt diese Prozedur immer wieder. In den letzten 200 Jahren war Griechenland fünfmal pleite. Die Hälfte der Zeit, also 100 Jahre, steckte Griechenland in finanziellen Schwierigkeiten. Andere Staaten sind nicht viel besser. Deutschland war in den letzten 400 Jahren acht Mal pleite, also im Durchschnitt alle 50 Jahre.

Die bessere Alternative

Es gibt eine bessere Alternative statt eines Euro-Austritts: Umlaufbeschleunigtes und abflussgebremstes Geld könnte die nationale Wirtschaft zusätzlich antreiben – ohne neue Auslandsschulden und ohne ausländische Zuschüsse. Selbsthilfe und Selbstverantwortung des in Not geratenen Landes stünden im Vordergrund, anstatt einer immer größer werdenden Abhängigkeit von außen. Mehr Umsätze würden zu mehr Beschäftigung, weniger Handelsdefizit, weniger Sozialausgaben und mehr Steuereinnahmen führen. Dabei ist die Grundidee: Wenn kein zusätzliches Geld in die Wirtschaft eingeführt werden kann, weil es sofort wieder abfließt durch Importe oder



Ein Zurück zur alten Drachme löst die Probleme nicht. Ein umlaufgesichertes Parallelgeld, zusätzlich zum Euro, könnte Griechenland dagegen aus der Krise helfen.

Geldflucht, muss man das vorhandene Geld besser nutzen. Das heißt »Liquiditätsoptimierung« in Ökonomensprache. Wir nennen es »Expressgeld«.

Höhere Inlandsnachfrage durch Umlaufimpuls

Griechenland, Portugal, Spanien und andere Euro-Länder befinden sich in einer Rezessionsspirale. Der Geldfluss hat durch die notwendigen staatlichen Ausgabenkürzungen und die Kaufzurückhaltung der Geldeigner infolge der Wirtschaftskrise abgenommen. Entsprechend schrumpft der Waren- und Dienstleistungsstrom. Infolgedessen müssen Arbeitskräfte entlassen werden und die Steuereinnahmen sinken weiter – eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in diesen Ländern inzwischen bei beängstigenden 40 Prozent! Da schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme kaum mehr möglich sind, helfen nur Strukturereformen in Wirtschaft, Verwaltung und – auch im Geldwesen. Eben hier setzt das Expressgeld an.

Rezession bedeutet, dass weniger investiert und gekauft wird und Rechnungen nur sehr verspätet bezahlt werden. Dadurch kommt

Das eigentliche Hauptproblem ist, dass die Staaten nichts dazulernen. Sie fangen immer wieder mit neuen Schulden an und landen nach ein paar Jahrzehnten in der gleichen Schuldenfalle.

Nationalwährung explodieren und den aus dem Euro ausgestretenen Staaten bliebe nur ein radikaler Schuldenschnitt übrig. Das Vertrauen ausländischer Kreditgeber wäre völlig dahin. Allerdings ist auch heute das Vertrauen nicht mehr sonderlich hoch und nur noch dadurch aufrechtzuerhalten, dass bo-

der Geldfluss wie bei einem Verkehrsstau ins Stocken. Der Ladeninhaber macht weniger Umsatz und kann seine Lieferantenrechnung nicht bezahlen, deshalb kann der Lieferant seine Arbeiter nicht bezahlen, deshalb können die Arbeiter ihre Miete nicht bezahlen, deshalb können die Vermieter ihre Steuern nicht bezahlen, deshalb kann der Staat seine Ausgaben nicht bezahlen, usw. Wenn man es schafft, dass alle wieder etwas geordneter und schneller fahren, löst sich der Stau auf.

Deshalb sollten die Staaten – ergänzend zum bestehenden Euro – ein Regiogeld einführen, das mit einem Umlaufimpuls versehen ist. Umlaufimpuls heißt, dass für die Benutzung des Regiogeldes eine Gebühr erhoben wird. Genauso wie man heute für Minusbeträge auf dem Girokonto Zins bezahlt, müsste man dann für liquide Guthaben eine Gebühr entrichten, nicht jedoch für langfristige Spareinlagen.

Hinter diesem Vorschlag stehen vielfältige Erfahrungen mit komplementären Währungen, die es neben dem Zentralbankgeld gibt. Von der Grundstruktur lehnen wir uns beim Expressgeld an den Chiemgauer an, dem größten Regiogeld Europas (www.chiemgauer.info).

(Sinnvolles) Wachstum durch flotteren Geldumlauf

Der Umlaufimpuls treibt alle Privatpersonen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen an, schneller ihr liquides Geld auszugeben, um die Zahlung der Gebühr zu vermeiden. Genauso wie man wegen hoher Überziehungszinsen ein Minus auf dem Girokonto zu vermeiden versucht, wird man wegen des Umlaufimpulses ein hohes Guthaben vermeiden wollen. Dadurch steigt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Wenn innerhalb eines Jahres 10.000 Euro fünfmal ausgegeben und eingenommen werden, entsteht ein volkswirtschaftlicher Umsatz von 50.000 Euro. Verdoppelt sich die Umlaufgeschwindigkeit, entsteht mit demselben Geld 100.000 Euro Umsatz, entsprechend mehr Waren und Dienstleistungen werden nachgefragt. Eine Verdoppelung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes – soweit es sich in der Realwirtschaft befindet und entsprechend freie Kapazitäten vorhanden sind – bewirkt eine Verdoppelung des Bruttosozialproduktes!

Wie beim Schwarzer-Peter-Spiel will jeder, der ein Guthaben hat, dieses möglichst schnell wieder ausgeben. So wird das Geld den Waren entgegengetrieben. Da der Umlaufimpuls nur bei entsprechenden Guthaben bezahlt werden muss, werden Konten mit hohen Guthaben höher belastet. Alle, die kein Geld mehr haben, zahlen auch nichts. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer, der sein monatliches Einkommen ausgibt, wird im Monat fünf oder



Wenn die Kaufkraft nicht in der Region bleibt, sind Aufbauhilfen wie ein Fass ohne Boden, man kann Milliarden über Milliarden ausgeben, doch diese Kaufkraft verschwindet sehr schnell, ohne dass eine tragfähige Wirtschaftsstruktur entsteht.

zehn Regio für den Umlaufimpuls bezahlen. Wer eine Million Regio ein Jahr lang liegen lässt, wird mit 80.000 Regio belastet.

Dieser stabilisierte Geldfluss trägt einen kontinuierlichen Waren- und Dienstleistungsstrom und lässt diesen wachsen, bis ein befriedigendes Niveau erreicht und die Arbeitslosigkeit entsprechend gesunken ist. Während der Zins das Geld in die Wirtschaft lockt und Wachstum erzwingt, weil er bedient werden muss, verstetigt die Umlaufgebühr den Geldfluss und macht sinnvolle Investitionen finanzierbar.

Wenn kein zusätzliches Geld in die Wirtschaft eingeführt werden kann, weil es sofort wieder abfließt durch Importe oder Geldflucht, muss man das vorhandene Geld besser nutzen.

Durch den Umlaufimpuls wird also die inländische Nachfrage durch eine schnellere und effizientere Nutzung des vorhandenen Geldes erhöht, ungeachtet staatlicher Sparmaßnahmen. Bislang versuchte die Zentralbank durch eine Erhöhung der Geldmenge die Wirtschaft anzukurbeln – durch Senkung

der Leitzinsen, Bereitstellung von unbegrenzten Zentralbankkrediten an die Geschäftsbanken und Aufkauf von Staatsanleihen. Ein Großteil des Geldes fließt aber in die Finanzwirtschaft ab und sorgt dort mit einer sehr hohen Geschwindigkeit für Unruhe. In der Realwirtschaft fehlt das Geld nach solchen Maßnahmen bald schon wieder. Das Ziel einer Stabilisierung und Stärkung der Realwirtschaft könnte viel besser durch eine Beschleunigung und Verstetigung des Geldflusses erreicht werden.

Stärkung der Inlandsproduktion durch Abflussbremse

Die Beschleunigung des Geldflusses gelingt aber nur, wenn der Währungsraum vor übermäßigem Abfluss von Liquidität geschützt wird. Um dem Umlaufimpuls zu entweichen, würden sonst Guthaben einfach in Euro gewechselt und ins Ausland überwiesen werden. Auch würde sich das Problem übermäßiger Importe weiter verschärfen. Griechenland hatte 2011 ein Handelsdefizit von geschätzt 12,3% des BIP, Portugal von 9,7% des BIP. Das Ziel muss eine ausgeglichene Handelsbilanz durch eine Stärkung der Inlandsproduktion und der Nachfrage nach inländischen Produkten sein.

Deshalb ist als Schutzmaßnahme eine Abflussbremse notwendig. Abflussbremse heißt, dass für einen Wechsel von Regio in Euro und Überweisung ins Ausland zum Beispiel zehn Prozent bezahlt werden muss. So wird sich jeder überlegen, ob er sein Geld nicht doch lieber in Griechenland oder Portugal belässt, es dort ausgibt oder auf einem örtlichen Spar-

konto anlegt. So stärkt die Abflussbremse die regionale Wirtschaft. Bei Überweisungen aus dem Ausland nach Griechenland oder Portugal fällt keine Gebühr an, denn der Zufluss von Geld ist notwendig und willkommen.

Abflussbremse statt Handelsdefizit

Diese Bevorzugung der griechischen oder portugiesischen Inlandsproduktion ist angesichts der sehr hohen Handelsdefizite dringend notwendig. Diese Länder können erst aus der Schuldenfalle kommen, wenn die Handelsbilanz wieder ausgeglichener ist. Eine negative Handelsbilanz heißt immer, dass sich ein Land im Ausland verschulden muss, damit es die ausländischen Waren einkaufen kann. Hier klaffen die Eurostaaten weit auseinander. Einen Überschuss der Leistungsbilanzsalden in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt hatten 2011 Deutschland mit 5,8%, die Niederlande mit 5,1%, Österreich und Belgien mit 3,2% und Finnland mit 2,8%. Dagegen hatten ein deutliches Minus Griechenland mit -12,3%, Portugal mit -9,7%, Spanien mit -4,5% und Italien mit -3,5% (Quelle: EZB, Eurostat, Wirtschaftswoche 31.1.2012). Solche Unterschiede der Handelsbilanzen ohne die Möglichkeit von Wechselkursänderungen sind auf die Dauer Gift und führen zu Überschuldung und finanziellen Spannungen. Negative Handelsbilanzen können ausgeglichen werden durch eine Steigerung der Exporte, durch Transferzahlungen der Überschussländer an die Unterschussländer oder durch die Schrumpfung der Importe – an dieser dritten Stelle setzt die Abflussbremse an.

Die Volkswirtschaften gleichen sich normalerweise durch Änderungen der Wechselkurse, unterschiedliche Zinssätze, Steuersätze, Inflationsraten und Lohnhöhen aus. Durch den gemeinsamen Euroraum wurden diese Regu-

lierungsmechanismen jedoch weitgehend außer Kraft gesetzt, ohne neue Mechanismen bei Ungleichgewichten zu installieren. Dies ist eine Ursache der heutigen Eurokrise. Die Abflussbremse ist ein Mittel, um diesen grundsätzlichen Konstruktionsfehler zu beheben.

Für einen Austritt Griechenlands oder Portugals aus dem Euro wird argumentiert, dass dann die neue Drachme oder der neue Escudo stark abwerten und die Exporte billiger und die Importe teurer würden. Dringend notwendige Güter wie Rohstoffe und Öl werden

**Anders als der Zins ist
der Umlaufimpuls eine
Gebühr, die den
Wirtschaftskreislauf
nicht belastet,
sondern anregt!**

dadurch für die Volkswirtschaft sehr teuer. Belastet werden Unternehmen und die kleinen Leute. Die Abflussbremse bewirkt eine vergleichsweise moderate Verteuerung der Importe. Griechenland oder Portugal könnten gleichzeitig im Eurosystem bleiben und weiterhin die Vorteile eines gemeinsamen europäischen Währungsraums nutzen.

Natürlich ist eine Abflussbremse für Exportstaaten negativ, deshalb wird es von bestimmten Interessengruppen Proteste geben, die hier einen Eingriff in den Freihandel sehen und über »Protektionismus« schimpfen werden. Zum Freihandel gehören jedoch ausgeglichene Handelsbilanzen. Sonst entsteht

eine übermäßige Verschuldung, die langfristig in eine Enteignung der Exporteure mündet. Leistungen, die zum Beispiel von Deutschland über Jahrzehnte erbracht wurden, werden über Transferzahlungen, Garantien und letztendlich einen Schuldenschnitt entwertet. Der in der Wirtschaftstheorie gelehrt und in der Politik gelebte Freihandelsbegriff muss gründlich überdacht werden, indem Steuerungsmechanismen zur Handelsbilanz integriert werden, die zu einer weltweiten Balance im Leistungsaustausch führen. Ein verhältnismäßig einfaches Mittel ist die vorgestellte Gebühr auf den Abfluss von Geld.

Herausgabe durch den Staat als gesetzliches Zahlungsmittel

Das Regiogeld, das im Folgenden einfach »Regio« genannt wird, wird durch ein Gesetz geregelt und von der Notenbank des Staates als ergänzendes gesetzliches Zahlungsmittel herausgegeben. Die griechische oder portugiesische Notenbank organisiert die Herausgabe zusätzlich zu ihren sonstigen Verpflichtungen innerhalb des Euroverbundes. Der Staat tauscht bei der Notenbank Euros in Regios um und bringt diese in Umlauf, indem er damit Gehälter, Sozialleistungen und Lieferantenrechnungen bezahlt. Durch die Staatsausgaben kommen laufend neue Regios ins Umlauf. Gleichzeitig nimmt der Staat Regios zur Begleichung von Steuern und öffentlichen Abgaben an. Deshalb hat niemand Probleme, die eingenommenen Regios wieder loszuwerden, es ist ihm aber freigestellt, ob er in Euro oder Regio bezahlt. Auch Unternehmen können ihre Angestellten und inländischen Lieferanten mit Regio bezahlen. Dabei ist zu erwarten, dass jeder zuerst die Regios ausgibt, bevor er mit Euros bezahlt.

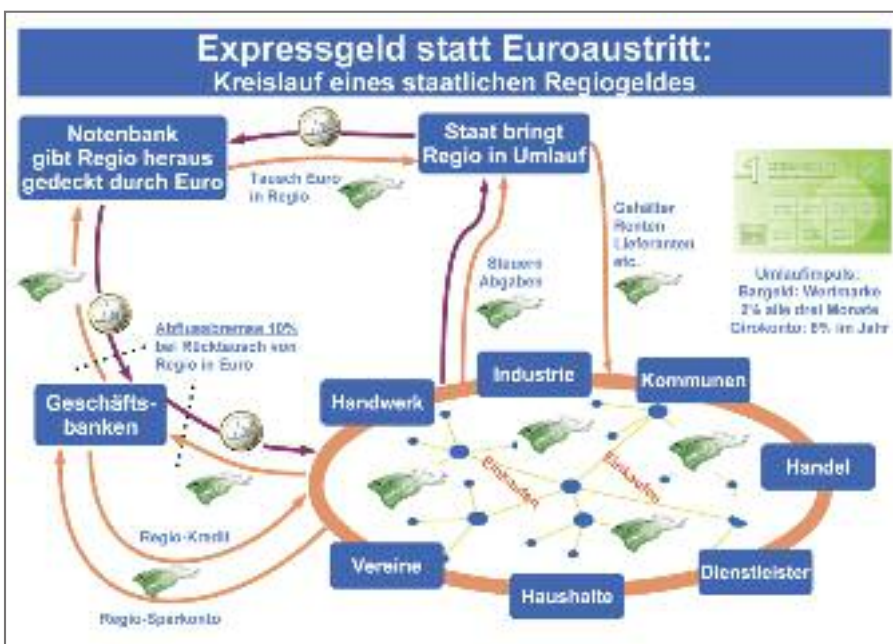
Eurodeckung

Der Regio hat den gleichen Wert wie der Euro. Geschäfte müssen die Preise nicht doppelt auszeichnen, was sehr aufwändig wäre. Alle Rechnungen werden weiterhin in Euro ausgestellt, auch wenn sie in Regio bezahlt werden können. Der Regio ist eine ergänzende Nebenwährung des Euro, keine eigenständige Währung mit freiem Wechselkurs.

Diese enge Koppelung an den Euro wird durch eine Deckung mit Euros gesichert, das heißt, für die herausgegebenen Regios zahlt der Staat entsprechend viele Euros auf ein Konto bei der Zentralbank ein. Dadurch weiß jeder, dass hinter dem Regio nicht nur ein überschuldeter, insolvenzgefährdeter Staat steht, sondern harte und tatsächlich vorhandene Euros, in die er den Regio bei der Notenbank einlösen kann. So wird das notwendige Vertrauen in den Regio erzeugt.

Regio als Giral- und Bargeld

Jeder Besitzer eines Euro-Girokontos erhält ein zusätzliches Regio-Girokonto mit Konto-





Die Bevorzugung der griechischen Inlandsproduktion ist angesichts des sehr hohen Handelsdefizits dringend notwendig. Das Land kann erst aus der Schuldenfalle kommen, wenn die Handelsbilanz wieder ausgeglichener ist.

karte, so dass er damit problemlos bargeldlos bezahlen kann. Für den einzelnen Kunden ist es kostenlos. Kontoeinrichtung und Kontoführung werden aus den allgemeinen Einnahmen durch den Umlaufimpuls finanziert.

Der Regio als Giralgeld reicht aber aller Voraussicht nach nicht aus, denn die Menschen sind Bargeld gewohnt. In Griechenland erfolgen über 70 Prozent der Einzelhandelsumsätze in Bargeld (Quelle EZB), gleichwohl dort bei Rechnungen über 1.500 Euro mittlerweile bargeldlose Zahlung gesetzlich vorgeschrieben ist, um Steuerhinterziehung zu vermeiden. Deshalb lässt die Notenbank Regio-Scheine drucken und bringt diese über die Geschäftsbanken in Umlauf. Langfristig könnte es so sein, dass man an Geldautomaten Regios bekommt und Euros nur noch am Bankschalter.

Münzgeld in Regio ist nicht notwendig, Euro-Münzen können bei der Zahlung oder beim Rückgeld einfach mit Regio-Scheinen kombiniert werden. Theoretisch könnten Regios auch als Geldkarte angeboten werden, das heißt auf den Chip einer Karte wird ein Betrag gebucht, mit dem bezahlt wird, ohne dass einzelne Buchungen auf dem Girokonto stattfinden. Möglich wäre auch eine Geldbörse mit modernen Techniken wie Smartphones. Doch Geldkarten wurden in den letzten Jahren von den Kunden schlecht angenommen und konnten das Bargeld nicht ersetzen. Deshalb ist es sinnvoll, sich zu Be-

ginn auf Regio-Bargeld und Girokonten zu konzentrieren.

Sparen in Regiogeld

Auf alle Guthabenbeträge der Regio-Girokonten wird ein Umlaufimpuls von 4% bis 12% pro Jahr erhoben. Die genaue Höhe wird im Rahmen der laufenden Geldpolitik von der Notenbank festgelegt. Bei der Einführung des Umlaufimpulses darf dieser nicht so hoch sein, dass die Bevölkerung in Hektik verfällt wie bei einer Hyperinflation. Er muss aber schon deutlich spürbar sein, damit er auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten zum vermehrten Geldausgeben führt. Dafür schlagen wir zum Einstieg 8% Umlaufimpuls im Jahr vor. Mit diesem Wert hat der Chiemgauer sehr gute Erfahrungen gemacht. Je nach Stabilisierung der Wirtschaft kann dieser wieder gesenkt werden.

Zusätzlich zu den Girokonten bieten die Banken auch Regio-Sparkonten an. Bei Geldanlagen mit einer Laufzeit von einem Jahr fällt kein Umlaufimpuls an. Ansparen und Werterhalt ist im Regio möglich und wird belohnt. Jeder kann sein Geld durch mittelfristiges Ansparen dem Umlaufimpuls entziehen. Dieses Geld kann dann von den Banken an jemand anderen verliehen werden.

Der Umlaufimpuls wird von den Banken genauso berechnet und monatlich eingezogen wie bislang die Guthabenzinsen. Das ist mit einer einfachen Umprogrammierung der Banksoftware möglich: Anstatt ein Plus für

einen Positivzins, muss lediglich ein Minus für den Negativzins eingestellt werden. Der Umlaufimpuls wird also taggenau berechnet, die Verbuchung läuft automatisch über die monatlichen Kontoabrechnungen der Banken. Die Banken führen die Einnahmen an den Staat ab, nachdem sie ihre Kontoführungsgebühren einbehalten haben. Der Umlaufimpuls fällt auch bei den Eigenkonten der Geschäftsbanken an, damit auch diese motiviert sind, den Regio im Umlauf zu halten.

Umlaufimpuls beim Bargeld

Beim Bargeld schlagen wir eine Markentechnik wie beim Chiemgauer vor. Vierteljährlich wird eine Marke im Wert von 2% des Nennwerts geklebt. Es gibt vier Aufwertungsstichtage: 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober. Bei einer Laufzeit von zwei Jahren haben die Scheine acht Markenfelder zum Aufwerten. Das Horten von Bargeld wird durch den Umlaufimpuls unattraktiv, es eignet sich nicht mehr für die Ansammlung von Schwarzgeld. Alle Geldnutzer sind bestrebt, das Geld schnellstmöglich weiterzugeben. Bargeld hätte keinen

Reiz mehr als Wertaufbewahrungsmittel, sondern würde nur noch als Mittel zum Kaufen und Schenken verwendet. Die Aufwertung ist auch für die Regio-Barbestände der Geschäftsbanken notwendig, damit der Umlaufimpuls nicht unterbrochen wird.

Klebemarken werden von der Notenbank herausgegeben und sind wie Briefmarken an Poststellen und Banken erhältlich. Im Laufe der Zeit werden alle Bargeld-Nutzer einmal den »Schwarzen Peter« haben und sich durch einen geringen Bargeldbestand vor Gebühren schützen.

Wechsel in Euro und Abflussbremse

Der Regio kann offiziell mit einer Wechselgebühr in Höhe von 10% (Abflussbremse) in Euro getauscht werden. Für 100 Regio bekommt man also 90 Euro. Unternehmen

**Sparer werden froh sein,
wenn sie ihr Geld zinsfrei
»parken« dürfen. Die
Belohnung für das Ansparen
ist beim Regio
Wertstabilität, und nicht
die Verzinsung.**

können damit klar kalkulieren. Je mehr Regios ein Unternehmen wieder an andere Unternehmen ausgibt, desto geringer sind die Wechselgebühren. Inländische Produzenten und Dienstleister werden bevorzugt. Hat ein Unternehmen zu viele Regios, kann es diese bei den Geschäftsbanken gegen 10% Gebühr in Euro wechseln und damit zum Beispiel Importwaren bezahlen. Die Ge-

Zum Freihandel gehören ausgeglichene Handelsbilanzen. Sonst entsteht eine übermäßige Verschuldung, die langfristig in eine Enteignung der Exporteure mündet.

schäftsbanken erheben die Abflussbremse natürlich nur dann, wenn von einem Regio-konto auf ein Eurokonto überwiesen wird oder wenn von einem Regio-konto eine Barabhebung in Euro getätigt wird. Dagegen fällt bei einer Überweisung von einem Euro-konto auf ein Regio-konto, von Regio-konto auf Regio-konto oder bei einer Regio-Einzahlung auf ein Regio-konto keine Wechselge-bühr an.

Auch die Geschäftsbanken können die Regios wieder in Euros tauschen, die Notenbank erhebt ebenfalls eine Gebühr von 10%. Diese Einnahmen erhöhen den Notenbankgewinn, der an den Staat weitergeleitet wird. Bei der Notenbank sammeln sich durch den Eurotausch laufend Regios an, die sie wieder an den Staat weiterleitet, wenn dieser Regios benötigt, um inländische Zahlungen zu tätigen.

Wenn die Notenbank feststellt, dass die Regiogeldmenge anhaltend sinkt, da mehr Regios in Euros getauscht als durch den Staat neu herausgegeben werden, dann wäre das ein Grund, die Abflussbremse zu erhöhen. Die Festlegung der Höhe der Abflussbremse obliegt der Notenbank, da diese für die laufende Währungssteuerung zuständig ist.

Zinsgünstige Regiokredite

Regios können wie Euros gespart werden. Auf Sparkonten mit einer gesetzlichen Kündigungsfrist von mindestens einem Jahr fällt kein Umlaufimpuls an. Diesen muss die Bank übernehmen, deshalb wird sie einen geringeren Zins im Vergleich zu Euro-Spareinlagen anbieten. Ob und wieviel die Bank für Regiosparkonten Zinsen bezahlt, richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Sparer werden froh sein, wenn sie ihr Geld zinsfrei »parken« dürfen. Die Belohnung für das Anspa-

ren ist beim Regio Wertstabilität, nicht die Verzinsung.

Die Bank wird die angesparten, umlaufgescherten Regios schnell an Kreditnehmer weiterreichen. Da die Banken zinsfreie Sparvermögen erhalten und keine Refinanzierungskosten haben, können sie entsprechend zinsgünstigere Regiokredite vergeben. Sie müssen durch die Zinseinnahmen nur das Risiko für Kreditausfälle und ihre Verwaltungskosten decken. Eine teure Refinanzierung entfällt. Deshalb werden die billigeren Regiokredite beliebter als Eurokredite sein. Es macht einen großen Unterschied, ob man zum Beispiel 2,5% anstatt 5% Kreditzinsen zahlen muss. Viele Investitionen werden dadurch erst wirtschaftlich tragfähig.

Was kann die Bank machen, wenn sie mehr Nachfrage nach Regiokrediten hat, als sie durch Spareinlagen bedienen kann? Die Bank wechselt für Kunden laufend Regios in Euros um und könnte diese eingetauschten Regios nun als Kredite vergeben, muss aber natürlich die dafür verwendeten Euros refinanzieren. Möglich ist auch, dass sich die Geschäftsbanken bei der Notenbank Regios direkt leihen. Ob die Notenbank nicht nur dem Staat, sondern auch den Geschäftsbanken Regios anbietet, entscheidet diese selbst im Rahmen ihrer Währungssteuerung.

Da der Regio wegen des Umlaufimpulses und der Abflussbremse das »schlechtere Geld« im Vergleich zum Euro ist, wird zuerst der Regio ausgegeben, bevor Euroguthaben verwendet werden. Damit wird der Regio schnell immer größere Anteile des inländischen Zahlungsverkehrs übernehmen. Der Euro dient dann vor allem zur Wertaufbewahrung und zu Auslandszahlungen. Für den Regio gibt es keine »Finanzprodukte«, das heißt der Regio kann nicht in die Finanzwirtschaft abwandern, sondern bleibt in der Realwirtschaft und hält diese flüssig.

Einnahmen für den Staat

Durch den Umlaufimpuls und die Abflussbremse fallen zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe für den Staat an, die ihm helfen, seine Überschuldung abzubauen. Das Schöne an diesen Gebühren ist, dass jede Bürgerin, jeder Bürger und jedes Unternehmen die Zahlung durch eine Änderung der Verhaltensweise verhindern kann. Man muss nur das Geld schnell und im Inland ausgeben oder langfristig sparen. Das macht es annehmbarer. Es ist eine Gebühr, die den Wirtschaftskreislauf nicht belastet, sondern anregt!

Mit welchen zusätzlichen Einnahmen für den Staat kann man rechnen? Bei einer angenommenen Umlaufgeschwindigkeit von 10 pro Jahr wird eine Geldmenge von 20 Milliarden Euro benötigt, um ein Bruttoinlands-

produkt von 200 Milliarden zu erzeugen (Das BIP von Griechenland war 2011 ca. 217 Mrd., von Portugal ca. 170 Mrd.). 20 Mrd. mal 8% Umlaufimpuls entspricht 1,6 Mrd. an Einnahmen pro Jahr.

Bei einer Abflussbremse in Höhe von 10% fallen bei 20 Mrd. herausgegebener Regios 2 Mrd. an. Diese stehen dem Staat sofort mit Herausgabe der Regios zur Verfügung. Da man für 100 Regio wegen der Abflussbremse nur 90 Euro erhält, ist es zur Deckung ausreichend, wenn der Staat für 100 Regio bei der Notenbank 90 Euro hinterlegt. Das heißt, mit 18 Mrd. Euro kann der Staat 20 Mrd. Ausgaben in Regio finanzieren, er hat also sofort 10 Prozent mehr Liquidität zur Verfügung.

Wie stark die Wirkung eines staatlichen Regiogeldes sein wird, kann nur grob geschätzt werden und hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Die jährliche Umlaufgeschwindigkeit des Chiemgauer war 2011 mit 11,3 fast dreimal so schnell wie die des Euro in Deutschland mit 4,4. Angenommen, der staatliche Regio würde nach einer Einführungsphase bei doppelter Umlaufgeschwindigkeit ein Viertel des inländischen Zahlungsverkehrs abdecken, so würde die Wirtschaftsleistung um bis zu einem Viertel ansteigen! Der Regio bietet beste Voraussetzungen, um die griechische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. ■

Diesen Text gibt es auf www.eurorettung.org in Deutsch, Englisch, Portugiesisch, Griechisch, etc. Bitte schicken Sie dieses Konzept europaweit weiter, es sollte über alle Kanäle in die Diskussion gebracht werden, damit es letztlich die Menschen erreicht, die es umsetzen können.



Christian Gelleri, geb. 1973, ist ausgebildeter Diplom-Handelslehrer und Diplom-Betriebswirt. Als Initiator der Regionalwährung Chiemgauer hat er die Verbreitung von Regiogeldern in Deutschland maßgeblich geprägt. Als Gründungsvorstand des Regiogeldverbandes verfügt er über ein breites Wissen zu Stand und Perspektiven des Regiogeldes.



Thomas Mayer, ehemaliger Geschäftsführer von Mehr Demokratie e.V. (www.volksabstimmung.org) und Omnibus für Direkte Demokratie (www.omnibus.org) war 1995 Beauftragter des erfolgreichen Volksbegehrens »Mehr Demokratie in Bayern«, mit dem der Bürgerentscheid in den bayerischen Gemeinden und Städten eingeführt wurde.

Ein Regiogeld für Griechenland

Was in einigen Regionen Europas schon seit Jahren erprobt wird, ein umlaufgesichertes Regiogeld, das die regionale Wirtschaft fördert – kann das auch in ganzen Staaten funktionieren? Beate Bockting befragte Christian Gelleri und Thomas Mayer zu ihrem Expressgeld-Vorschlag.



Der Chiemgauer funktioniert schon seit fast 10 Jahren und kann dem griechischen Regiogeld als Vorbild dienen.



BB: Griechenland und andere stark verschuldete Euroländer stecken zur Zeit in einer schweren Krise – und mit ihnen die ganze Währungsunion. Immer mehr Ökonomen und Politiker sagen laut, dass Griechenland raus aus dem Euro und zur Drachme zurückkehren soll. Da bringt Ihr ein »Expressgeld« ins Rennen. Was ist darunter zu verstehen?

TM: Wir empfehlen die Herausgabe eines staatlichen Regiogeldes mit Umlaufimpuls und Abflussbremse, zusätzlich zum bestehenden Euro. Dieses können das Parlament und die Regierung von Griechenland – oder auch von Portugal, Irland oder Spanien – sofort und selbst einführen, um ihr Land aus der Rezession zu führen. Damit können die Krisenstaaten den Geldfluss in ihren Volkswirtschaften beschleunigen, was zu Wirtschaftswachstum, neuen Arbeitsplätzen, mehr Steuereinnahmen und mehr Unabhängigkeit vom Ausland führt. Die Länder erhalten die Vorteile einer regionalen Währung, können aber gleichzeitig im Euro bleiben – das ist die weitaus bessere Alternative zu einem katastrophalen Euro-Austritt.

CG: Von der Grundstruktur lehnen wir uns an den Chiemgauer an, den ich 2003 mit meinen Schülerinnen in Prien gegründet habe und der mittlerweile das größte Regiogeld Europas ist. Hinter unserem Vorschlag stehen vielfältige Erfahrungen mit komplementären Währungen, die es neben dem Zentralbankgeld gibt.

Die Idee eines Umlaufimpulses gibt es im Übrigen auch für Zentralbankgeld. In der Schweiz wird zur Zeit aufgrund der hohen Nachfrage nach sicheren Schweizer Franken die Einführung einer Negativsteuer für Franken-Guthaben von Ausländern diskutiert, die es in den siebziger Jahren schon einmal gab, um den Wechselkurs des zu hart gewordenen Franken zu schwächen.

BB: Es gefällt mir, dass ihr die Gebühr, die zur Sicherung des Geldumlaufs dient, »Umlaufimpuls« nennt. Beim Wort »Gebühr« denken die Menschen immer gleich an zusätzliche Kosten, die ihnen entstehen.

CG: Das Gegenteil ist ja der Fall: Im Endeffekt ist diese Gebühr für die große Mehrzahl der Menschen viel kostengünstiger als die hohe Zinsbelastung, die sie im herkömmlichen, nicht umlaufgesicherten Euro-System tragen müssen. Den meisten ist es gar nicht bewusst, dass sie ja auch beim Einkauf über die Preise Zinsen bezahlen, die die Unternehmen an die Kunden weiterreichen.

TM: Und der Umlaufimpuls fällt nur bei liquiden Geldmitteln an, also wenn jemand eine große Barkasse vorhält oder ein hohes Guthaben auf dem Girokonto hat. Ein normaler Arbeitnehmer zahlt ja nur einen kleinen Betrag.

BB: Vielen erscheint der Umlaufimpuls mittels vierteljährlichem Kleben von gebührenpflichtigen Marken als altmodisch und zu aufwändig. Die Gebühr taggenau vom Girokonto oder von der Kreditkarte abziehen, ist dagegen heutzutage viel unproblematischer. Wäre es nicht besser, das Bargeld einfach abzuschaffen?

TM: Einfacher wäre das sicherlich, doch auch in Griechenland werden immer noch über 70 Prozent der Einzelhandelsumsätze in Bargeld getätigt. Die Menschen sind einfach daran gewöhnt. Und Geldkarten wurden in den letzten Jahren von den Kunden schlecht angenommen, sie konnten bisher das Bargeld nicht ersetzen. Deshalb meinen wir, dass auch das griechische Regiogeld nicht ohne Geldscheine auskommt. Das ist auch eine psychologische Frage. Die Menschen sollen dem Geld vertrauen.

CG: Es wird aber tatsächlich schon daran gearbeitet, mit dem Handy per Funk zu be-

zahlen. Diese sogenannte NFC-Technik wird von vielen vorangetrieben. Banken sind daran interessiert, weil sie sich erhoffen, dass der kostenintensive Bargeldverkehr abnimmt.

BB: Neben dem Umlaufimpuls propagiert Ihr eine Rücktauschgebühr, die Ihr »Abflussbremse« nennt. Was bewirkt diese genau?

CG: Erst durch eine Abflussbremse werden Subventionen und Aufbauhilfen aus dem Ausland fruchtbar. Denn das zugeführte Geld bleibt dann im Land und stärkt die Wirtschaft. Ohne Abflussbremse fließt das zugeführte Geld sofort wieder ab.

TM: Dieser Fehler wurde zum Beispiel bei der Wiedervereinigung Deutschlands gemacht: Milliarden an Aufbauhilfen und Sozialausgaben aus Westdeutschland wurden in Ostdeutschland einmal für den Konsum verwendet und flossen sehr bald wieder in den Westen zurück. Nach der Wende wurde Ostdeutschland von Einzelhandelsketten aus dem Westen überzogen, die kaum Produkte aus dem Osten in ihren Regalen hatten. Alteingesessene Firmen verschwanden und hinterließen eine dauerhafte Lücke in der ostdeutschen Wirtschaft, mit der Folge dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit.

CG: Wenn die Kaufkraft nicht in der Region bleibt, sind Aufbauhilfen wie ein Fass ohne Boden, man kann Milliarden über Milliarden ausgeben, doch diese Kaufkraft verschwindet sehr schnell, ohne dass eine tragfähige Wirtschaftsstruktur entsteht. Eine regionale Wirtschaft mit vielen Klein- und Mittelbetrieben ist aber notwendig, damit eine Region aus eigenen Kräften Wohlstand erzeugen kann und nicht zum dauerhaften Hilfsempfänger wird. ■

Den kompletten Expressgeld-Vorschlag finden Sie im Internet unter: www.eurorettung.org. Auch Übersetzungen dieses Konzeptes in Deutsch, Englisch, Griechisch, Portugiesisch, etc. liegen dort bereit. Schicken Sie es weiter – an alle die nötig sind, um das Expressgeld in einem der Staaten einzuführen! Infos zum Chiemgauer gibt es unter: www.chiemgauer.info

Mitgliederversammlung am 24. März

Die diesjährige Mitgliederversammlung der INWO Deutschland findet am Samstag, den 24. März in Frankfurt/Main in der Kassler Str. 1a im »Ka Eins« (Ökohaus) am Westbahnhof statt. Beginn ist um 10.30 Uhr, das Ende gegen 17.45 Uhr.

Eine schriftliche Einladung mit der Tagesordnung, den Anträgen zur Änderung der Vereinsordnung im punkto Reisekostenerstattung und Geschäftsvereinbarungen der Mitgliederversammlung mit dem Vorstand sowie der Vorstellung neuer Vorstandskandidaten wurde den Mitgliedern bereits zugestellt.

Ein weiterer zu behandelnder Punkt ist die Positionierung der INWO zum Bedingungslosen Grundeinkom-

men. Den ordentlichen Mitgliedern liegt ein Antrag zur Abstimmung vor, nach dem die INWO das BGE-Konzept nicht vertreten und unser Konzept einer Boden- bzw. Ressourcen-Abgabe begrifflich klar vom Grundeinkommensbegriff trennen soll.



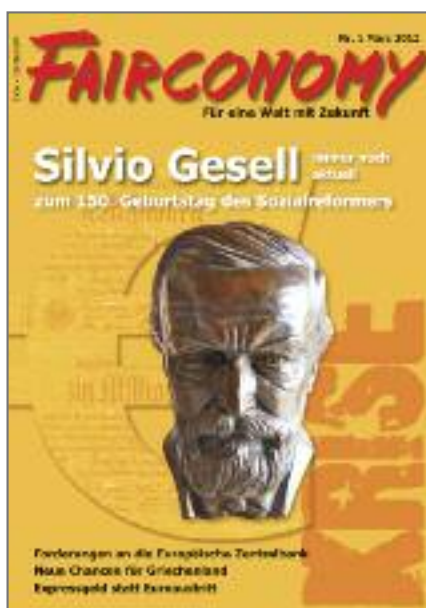
Aktion: Werden Sie Politikberater!

Unsere Politiker, Banker und Ökonomen haben viele Berater – doch offensichtlich wurden sie bislang schlecht beraten, sonst befänden wir uns jetzt nicht in dieser nicht enden wollenden, scheinbar ausweglosen Krise. Und damit nicht genug, auch in dieser Krise beraten wieder nur die Verursacher der Misere!

Das müssen wir ändern! INWO-Mitglieder übernehmen nun Verantwortung: Wir bilden eine Lobby von unten und beraten die da oben. Wir zeigen den Verantwortlichen Wege auf, wie wir aus der Krise herauskommen, ohne unwägbare Risiken einzugehen, ohne Zwietracht in Europa zu säen und ohne uns kaputtzuspüren. Diese Ausgabe der FAIRCONOMY enthält hierzu wertvolle Vorschläge.

Machen Sie mit!

Bestellen Sie für 5 Euro (zzgl. 3,50 Euro Versandkosten) 5 Hefte dieser Ausgabe und senden Sie sie an Ihre Bundestagsabgeord-



neten, Ihre Bankvorstände oder Ihnen bekannte Ökonomen.

Die direkt oder über die Landeslisten gewählten Abgeordneten Ihres Wahlkreises finden Sie unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/index.jsp> Mit einem Klick auf den Namen gibt es weitere Informationen zur Person und deren Funktionen. Außerdem stehen auf der rechten Seite die Kontaktdaten und ein Link zur persönlichen Homepage des Abgeordneten, auf der man auch die Adresse des örtlichen Wahlkreisbüros finden kann.

Los geht's!

Die Hefte bestellen Sie ganz einfach online in unserem Shop auf www.INWO.de oder, falls Sie keinen Internetzugang haben, telefonisch beim INWO-Versand unter Tel.: 06623-919601 oder per Fax: 06623-919602 Ein Vordruck für Ihr Anschreiben steht Ihnen im rechten Menue der Startseite unter »Mitmachen« zum Download zur Verfügung.

Sollten Sie interessante Rückmeldungen erhalten, bitten wir Sie, uns diese mitzuteilen: redaktion@INWO.de



Warum ich in der INWO aktiv bin ...

Der Glaube, dass in unserer Welt Eigentum und Geld leistungsgerecht verteilt sind, ist mir längst abhanden gekommen. Persönliche Leistung und der bloße Wille zum Erfolg sind keine geeigneten Mittel, um fair am Markt teilhaben zu können. Dafür braucht es ein vernünftiges Geldsystem.

Anzeichen dafür, dass das aktuelle Finanz- und Währungssystem an seine Gren-

zen gerät, finden wir mittlerweile täglich. Selbst etablierte Medien berichten über die immer deutlicher werdenden Probleme, die das aktuelle Geldsystem mit sich bringt. Soziale Ungerechtigkeiten auf der einen Seite, schier grenzenloser Reichtum auf der anderen spalten unsere Gesellschaft immer mehr. Reichtum ist okay! Doch wenn sich dieser lediglich aus der Leistung anderer speist, auf Kosten derer, die weniger haben, beginnt Reichtum gefährlich zu wer-

den. Er ruiniert den gesellschaftlichen Frieden und nimmt Millionen Menschen die Würde, die Perspektive und die Lebensgrundlagen.

Die INWO bietet ein überzeugendes Konzept, um dem entgegenzuwirken. Hoffnung keimt auf, Hoffnung, dass ein gerechtes Miteinander möglich ist. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Franz Fischer, München

Am 28. Januar traf sich eine Gruppe INWO-Aktiver und Interessenten in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal, um intensiv über die Positionen der INWO und ihre Forderungen im Hinblick auf die Umsetzung einer Geld- und Bodenreform zu diskutieren. Dies geschah anhand eines außerordentlich anregenden Impulsreferates von Dirk Löhr und zweier Textvorlagen. Zum einen wurden die F.A.Q.s auf den INWO-Webseiten, also die häufig gestellten Fragen mit den dazugehörigen Antworten, gründlich überarbeitet, zum anderen stellte Tobias Schütze einen Text mit Forderungen an die EZB vor (siehe S. 18 und 19 in diesem Heft). Die Grundlage hierfür wurde bei früheren Vertiefungsseminaren erarbeitet. Tobias Schütze, Dipl.-Ing. (FH) für Umwelttechnik und studierter Volkswirt mit einer Masterarbeit über Regionalwährungen, hat die Forderungen dann dankenswerterweise weiter ausformuliert.

Prof. Dr. Dirk Löhr, Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft und bis vor kurzem Vorsitzender der INWO, spannte in seinem Vortrag einen weiten Bogen an Themen auf, die in unserer Bewegung diskutiert werden. Ausgangspunkt seiner Darlegungen war die insbesondere von dem früheren INWO-Vorsitzenden Prof. Dr. Thomas Huth und Dr. Christopher Mensching angestoßene Diskussion darüber, dass Hortung heute eine andere Dimension habe als zu Gesells Zeiten.

In der Freiwirtschaftstheorie spielte die Fishersche Verkehrsgleichung eine große Rolle, deren Zweck es ursprünglich war, auf die Tatsache hinzuweisen, dass nicht nur die Geldmenge, sondern auch deren Umlaufgeschwindigkeit die nachfragewirksame Geldmenge und damit auch den Wert des Geldes bestimmen. In einfachster Form besagt diese Gleichung: Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit des Geldes = volkswirtschaftliches Handelsvolumen mal Preisniveau. Die wesentlichen Zusammenhänge und Veränderungen der Geld- und Güterseite innerhalb einer Volkswirtschaft können so vereinfacht dargestellt werden. Freiwirtschaftler guckten dabei vor allem auf die Stromgröße Inlandsprodukt, so Löhr, während normale Ökonomen viel eher auf die Umschichtungen von Beständen (Immobilien, Aktien und sonstige Wertpapiere, Gold zu Anlagezwecken) achteten: »Hier spielt die Musik!« Christopher Mensching sprach in diesem Zusammenhang von »Hortung im weiteren Sinne«, Thomas Huth von den »Keynes'schen Spekulationskassen«.

Dirk Löhr betonte, dass Privateigentum ganz unterschiedlich funktioniert, insbesondere bei schwer oder leicht reproduzierbaren Vermögenswerten wirken ganz unterschiedliche Mechanismen. Bei schwer reproduzierbaren Werten gibt es keine Entkapitalisierung durch Konkurrenz. Renten und Werte können ungehindert weiter steigen, anders als bei leicht reproduzierbaren Werten. Darum haben wir seit Jahrzehnten trendmäßig steigende Assetpreise (z.B. bei Boden, Aktien und Gold). Wettbewerb findet hier nicht statt, Blasen können sich wunderbar bilden. In diesen Bereichen wird unaufhörlich der Nutzen privatisiert und die Kosten werden externalisiert, während die Mainstream-Wirtschaftswissenschaft immer noch die neoliberale Ideologie vertritt, dass Privateigentum keine externalisierten Effekte hätte. Das stimmt definitiv nicht, so Löhr, und in der Geld- und Bodenreformbewegung müsse man sich klar machen, dass auch Indexrenditen (Preissteigerungen bei Beständen) Zinscharakter haben.

Die Finanzkrise ist somit auch eine Krise der Eigentumsordnung. Wir sollten uns daher verstärkt auch um die Eigentumsordnung kümmern, sowie um das Gesellschaftsrecht und die Unternehmensverfassung. Dort, wo der Konkurrenzmechanismus nicht wirksam werden kann, brauchen wir sichere Nutzungsrechte auf Zeit, aber kein Privateigentum. Die ökonomische Basis der Macht (z.B. die Kontrolle über Land, Rohstoffe und Geld) muss gebrochen werden. Das Gewaltmonopol des Staates ist ein zivilisatorischer Fortschritt, doch der Staat müsste eben auch das Machtmonopol haben, damit wir nicht von privaten Interessen beherrscht werden.

Es macht in der aktuellen Lage aber Sinn, dass die INWO sich auf die Umlaufsicherung fokussiert. Diese sei sehr relevant, findet auch Dirk Löhr. Banken trauen sich nicht untereinander. Sie holen sich Geld von der Zentralbank. Die Einlagenfazilität der EZB macht normalerweise einige hundert Millionen Euro aus, im Herbst 2008 lag sie dagegen bei 300 Mrd. Euro, und auch aktuell stellt die EZB wieder sehr viel frisches Geld zur Verfügung. Hier besteht offensichtlich ein Hortungsproblem, die Banken sitzen auf Geld und geben es nicht weiter. Die Umlaufsicherung wäre in dieser Situation das beste Konjunkturpaket!

In der anschließenden Diskussion wurde betont, dass aktuell auch die Banken große Probleme haben. Die Zinsmarge nimmt stetig ab, von fast 2,5% 1975 auf etwas über 1% der durchschnittlichen Bilanzsumme heute. Und aktuell bekommt sogar die Zentralbank Probleme, denn sie kann die Geldmen-

ge immer weniger steuern. Die Zinsfrage (Zinsstruktur) ist und bleibt diesbezüglich die zentrale Frage!

So widmeten sich die Teilnehmer dem Textvorschlag von Tobias Schütze mit den Forderungen der INWO an die Europäische Zentralbank, der auf der Basis der Diskussionen früherer Vertiefungsseminare verfasst worden war.

Die Sorge, ob nicht die Frage der technischen Details einer Umlaufsicherung in der Öffentlichkeit derzeit auf wenig Interesse stoße, wo doch jetzt die Krise des Euro durch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Staaten bei festen Wechselkursen im Mittelpunkt stehe, wurde durch einen entscheidenden Hinweis entkräftet: Unsere Umlaufsicherung ist spätestens dann *die* angesagte Maßnahme, wenn der Euro tatsächlich auseinanderbricht, da wir dann nicht automatisch mit in die Rezession gehen!

Beate Bocking



Die von der INWO vorgeschlagene Umlaufsicherung ist spätestens dann *die* angesagte Maßnahme, wenn der Euro tatsächlich auseinanderbricht, da wir dann nicht automatisch mit in die Rezession gehen!



Einladung zur 22. Generalversammlung der INWO CH

Am Samstag, den 28. April 2012, 14 - 17 Uhr,
in 3003 Bern, Politforum Käfigturm, Marktgasse 67

Auch in diesem Jahr sind alle Mitglieder und Interessierten der INWO Schweiz herzlich eingeladen zur Jahresversammlung, die nun turnusgemäss wieder einmal in Bern stattfindet. Bereits ab 11.30 Uhr besteht die Möglichkeit, sich vorab zum gemeinsamen Mittagessen und Gespräch zu treffen.

Die detaillierte Einladung wird schriftlich und elektronisch zusammen mit den Traktanden, Informationen zur kulturellen Umrandung und den Gastreferenten Anfang April zugestellt. Auf jeden Fall wird es einen angeregten Austausch über das Grundeinkommen geben, zu dem ein Positionspapier der INWO in Arbeit ist. Das Grundeinkommen (und vor allem die Finanzierungsfrage) soll 2012 zu einem

Schwerpunktthema der INWO Schweiz werden und eine Arbeitsgruppe wird dazu ins Leben gerufen. Wer ist mit dabei? Aber auch andere Schwerpunkt-Vorschläge aus dem Kreis der Mitglieder sind herzlich willkommen und der Vorstand freut sich auf rege Beteiligung zu den Themen Bodenrente/Landgrabbing, Umlaufsicherung und Zinseszins. Auch zusätzliche Mitglieder in unserem lebendigen Vorstand sind hoch erwünscht!

Fragen?

Die werden in unserem Sekretariat von Monica Gassner beantwortet:

INWO Schweiz
Postfach 3161, 5430 Wettingen
056 426 60 90, buero@inwo.ch

Talent im Radio

Im Rahmen des Radiohörpunktes vom 2.2.2012 wurde TALENT als Beispiel für einen Tauschkreis und dessen geldkritischen Hintergrund vorgestellt. Der Radiohörpunkt von DRS 2, der immer am 2. eines Monats gesendet wird, widmet sich jeweils 5 Stunden lang einem komplexen Thema, das aus verschiedenen Perspektiven betrachtet wird.

Der Hörpunkt vom 2. Februar hatte zum Thema: Anders wirtschaften. Mit folgendem Text machte der Sender neugierig auf den Inhalt des Hörpunkts:

»Wie sähe eine Wirtschaft aus, die sich nicht dem expansiven Wachstum verschreibt, sondern der Deckung der Grundbedürfnisse aller Menschen, eine Wirtschaft, in der Eigeninitiative nicht zwingend zum überbordenden Gewinndenken führen muss? Eine Wirtschaft, in der das nachhaltige, auf eine lebbare Zukunft gerichtete Denken im Zentrum steht und nicht die kurzfristige Maximierung des Profits?

Der Hörpunkt »Anders wirtschaften« stellt grundsätzliche Fragen zu unserem Wirtschaften und zeigt mögliche Alternativen auf. Nicht utopische, sondern praktikable, wie zum Beispiel der Tauschhandel, den viele aus Not

oder auch aus praktischem Denken heraus wieder tätigen.«

Gleich in der ersten Stunde wurde über den Tauschhandel gesprochen: Vom Tauschen – oder warum wir geben und nehmen. Als praktisches Beispiel wurde der 1993 von der INWO gegründete Tauschkreis TALENT Schweiz vorgestellt.

Die Radiojournalistin Irene Grüter hatte mich dafür in meiner Eigenschaft als Präsidentin von TALENT Schweiz zu einem Interview eingeladen. Im DRS-Studio in Zürich verbrachten wir beide eine anregende Stunde. Frau Grüter sagte zu Beginn, dass sie sich noch nicht sehr vorbereitet hätte und nun gespannt sei, was ich zu berichten habe.

Zuerst zeigte ich das praktische Funktionieren unseres Talents auf: Mitgliedschaft, Marktzeitung, Tauschsoftware und den Talent-Markt an der Mitgliederversammlung. Dann stellte ich Frau Grüter die unterschiedlichen Möglichkeiten vor, eine komplementäre Währung zu gestalten, je nach dem Zweck, den sie erfüllen soll. Ein gegen Euro oder Franken tauschbares Regiogeld fördert eher die regionale Wirtschaft, während ein Zeit-tauschkreis persönliche Beziehungen unterstützt. Talent befindet sich zwischen diesen Varianten. Diese Währung entsteht erst beim Handel, als reine Verrechnungseinheit. Sie ist nicht so stark regional gebunden wie Regiogeld.

Die interessierten Fragen von Frau Grüter führten uns dann weiter zu den geldsystemkritischen Themen wie Zinseszins und exponentielles Wachstum, und dem da-

mit in Zusammenhang stehenden Wachstumszwang in der Wirtschaft. Auch das Thema Armut und Reichtum kam zur Sprache und Frau Grüter staunte über die Vermögenszahlen, die Hans Kissling in Zürich erhoben und zu einer eindrücklichen Statistik verarbeitet hat, wonach die drei reichsten Personen in Zürich ihr Vermögen innerhalb von zwölf Jahren um 338% steigern konnten und damit 56% von allem Vermögen der Zürcher Steuerzahlenden besaßen. Ich konnte merken, wie sich mit jeder neuen Information, die ich vorstellte, das Interesse von Frau Grüter steigerte. Ihrem informativen Radiobeitrag konnte man entnehmen, dass sie nach unserem Gespräch noch bei Silvio Gesell und weiteren Quellen nachgelesen hat. Sie stellte sowohl das praktische Tauschen vor als auch die fatalen Auswirkungen des Zinseszinsystems sowie Silvio Gesells Gegenmittel einer Umlaufsicherung für Geld.

Weitere Themen des Hörpunkts waren:

- Teilen – oder vom Wert des gemeinsamen Besitzens
- Mal reduzieren: warum weniger manchmal mehr ist
- Pflegen: der ökonomische Wert der Kinderbetreuung
- Auf Nummer sicher: bedingungsloses Grundeinkommen

Nachhören kann man den TALENT-Beitrag sowie den ganzen Hörpunkt unter:

<http://www.drs2.ch/www/de/drs2/sendungen/top/immer-am-zweiten-im-zwei-hoerpunkt/14939.319083.hoerpunkt-anders-wirtschaften.html>

Ursula Dold, Präsidentin TALENT Schweiz



Eigentum und Freiheit

Die neue, fusionierte NWO-Stiftung Belcampo führte am 28. Januar im Campus Muristalden in Bern mit rund einhundert Teilnehmenden eine Tagung für kritische Geister zum »Unzeitgemässen Eigentumsbegriff« durch.

Gemäss Tagungskonzept vermittelten sechs Kurzreferate einen Ein- und Überblick zum Thema. Der Philosoph und Soziologe Alexander Dill votierte für den Übergang vom Finanz- zum Sozialkapital. Er gründete das Basel Institute of Commons and Economics, an welchem auch die Betriebswirtin Ute Sommer, der Sozialwissenschaftler Matthias Wiesmann und der Historiker Jean-Pierre Meylan arbeiten. Wer sich für Dills Theorien näher interessiert, lese sein neues Buch »Gemeinsam sind wir reich« (Oekom-Verlag).

Der Anthroposoph und Betriebswirt Udo Herrmannstorfer referierte zur »Individuellen Verfügungsberechtigung und Sozialbindung«. Als Leiter des Instituts für zeitgemässe Wirtschafts- und Sozialgestaltung sucht seine Stiftung Wege zur Qualität – in einer primär auf Konsum und Quantität ausgerichteten Welt.

Der Biologe und Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Raimund Rodewald, stellte das Thema »Privateigentum und Raumplanung – ein Widerspruch« zur Diskussion und plädierte für die laufende Landschaftsschutz-Initiative, welche der haltlosen Überbauungstendenz endlich einen Riegel vorschieben soll.

Reale Freiheit

Die emeritierten HSG-Professoren Philippe Mastronardi (Jurist) und Peter Ulrich (Sozialethiker) referierten zum Leitthema »Eigentum als Bürgerrecht für alle«. Ulrich betonte, dass eine reale Bürgerfreiheit – darunter versteht er die Freiheit aller in einem Land lebenden und Steuern zahlenden Menschen – nur unter den drei Voraussetzungen von Bildung, Privateigentum und politischer Partizipation möglich sei. Die »reale Freiheit« fehlt heute der Mehrheit der Einwohner der Schweiz weitgehend, da ein Viertel kein Stimmrecht hat und das reichste Prozent gleich viel Vermögen besitzt wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Zudem hilft unsere komplizierte Sozialpolitik auch nur mit etwa einem Viertel des Sozialtransfers den Bedürftigsten. Viele Menschen sind zudem ungenügend ausgebildet, so dass sie weder die immer komplexere Welt verstehen noch sich richtig verständigen können. Menschen in prekären Situationen existieren nur unter den festgeschriebenen Bedingungen des Kapitals. Hier braucht es eine grundlegende Veränderung, eine echte Freiheit fördernde,



Über Eigentum sollte neu nachgedacht werden.

differenzierte Eigentumsordnung und nicht nur eine kompensatorische Sozialpolitik.

Mastronardi (wie Ulrich Initiator von »kontrapunkt« und Beirat der »Monetative«) möchte »Eigentum« künftig als Persönlichkeitsrecht jedes Menschen verstanden wissen. Sein Verfassungskonzept beruht auf einem neuen Art. 26 BV, in welchem Eigentum als Persönlichkeitsrecht und Kapital als Vermögensrecht definiert werden. Diese neue Trennung soll Eigentum nur noch so weit als Grundrecht schützen, wie es zur Wahrung der persönlichen Freiheitsrechte notwendig ist; es darf dabei andere Menschen nicht schädigen. Vermögen ist dagegen immer nur das Resultat eines kooperativen Prozesses und nur ein Teilhaberecht. Die Eigentumsgarantie gälte so nur noch für natürliche Personen als Ausdruck ihrer Menschenwürde. Juristische Personen würden nicht mehr darunter fallen. Zum persönlichen Eigentum gehörten nach diesem Vorschlag etwa Geldvermögen bis zu einer Million Franken, sowie selbst genutztes Wohneigentum und die persönlichen Pensionskassenansprüche. Als Kapital zählte alles, was darüber hinaus an Vermögenswerten besteht.

In der neuen, pluralistischen Unternehmensverfassung gälte eine partizipative, faire Mitwirkung und angemessene Ergebnisbeteiligung. Das bedingt eine neue Rechtsordnung für Kapitalgesellschaften und entsprechende Mitbestimmungsrechte für die betreffenden Stakeholder. Schliesslich verlangt dieses Konzept eine nachhaltige marktwirtschaftliche Entwicklung mit einem Anspruch auf intergenerationelle Gerechtigkeit, faire Chancengleichheit, die Beschränkung der Verfügungsfreiheit von grossen Firmen und auf die Bewahrung der Nutzungsrechte der existenziellen Grundlagen wie Boden, Wasser, Luft und Energie für alle Menschen.

Es steht schon in der Bibel

Der demnächst 90-jährige ehemalige Lehrer, Musiker und Humanist Ernst Waldemar Weber stellte in seinem Workshop »Der Boden gehört allen« Ideen für ein neues Bodenrecht vor. Seine Kritik und Bodenreform-

Vorschläge sind in der Broschüre »Was ist mit unserem Boden?« (Eigenverlag ceterum censeo) nachzulesen. Weber leitete sein Lamento mit folgenden Stichpunkten zur Bodensituation in der Schweiz ein:

- Am Silvretta-Hang in St. Moritz werden Preise von 45.000 Franken pro m² verlangt.
- Durchschnittlich 30 Prozent der Bodenpreise entfallen auf die arbeitslose Grundrente.
- Seit Jahrzehnten wird jede Sekunde 1 m² Land überbaut.
- Der Mittelstand kann sich bei realistischen Hypothekarzinsen und den steigenden Bodenpreisen kaum mehr ein eigenes Haus leisten.
- Die Reichen werden immer reicher und die Armen ärmer.

Wenn wir diese verheerende Situation ändern wollten, bräuchte es eine grundlegende Bodenreform zu Gunsten der Öffentlichkeit bzw. Gemeinden. Für Weber existiert kein legitimes Privateigentum an Boden. Schon in der Bibel stehe: »Des Herrn ist die Erde«. Analog argumentierten auch Ur-Liberale wie John Stuart Mill, Adam Smith, John Locke oder die katholische Soziallehre, welche die Sozialbindung unserer Existenzgrundlage Boden immer wieder betonten. Im 20. Jahrhundert vertraten dann auch die Freiwirtschaftler und die Sozialdemokratie ähnliche Bodenreformen.

In der abschliessenden Diskussion befürworteten die Teilnehmenden Lösungsansätze wie die Entwicklung einer zielorientierten, konsistenten Boden- und Raumordnungspolitik, den Aufkauf von Grundeigentum durch die öffentliche Hand gegen Abgabe von langfristigen Bodenobligationen und generell die Schaffung einer neuen, differenzierten Eigentumsordnung.

Werner Kallenberger, Hendrik Barth



SCHWEIZ

150. Geburtstag von Silvio Gesell – Gesells Nachkommen in der Schweiz

Am 17. März jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag Silvio Gesells, des Geld- und Sozialreformers, auf dessen »Natürliche Wirtschaftsordnung« die Freiwirtschaftsbewegung zurückgeht. Gesell, geboren in St. Vith an der belgisch-deutschen Grenze, war ein vielseitiger Weltbürger, der nicht nur als Kaufmann in Argentinien tätig war, sondern auch als Landwirt und Imker im Kanton Neuenburg in der Schweiz. Hansruedi Weber und Monica Gassner besuchten die schweizerischen Nachfahren Gesells in Möriken/AG

Dr. Emil Koelliker, Jahrgang 1922, war im Besitz einer Büste von Gesell und begab sich unlängst auf die Suche nach einem angemessenen, ehrwürdigen Standort. Die INWO Schweiz half ihm, für die 15 kg schwere Figur, die wahrscheinlich nach einem Bild erstellt wurde, einen neuen Platz zu finden. Wer die Büste gemacht hat, ist leider unbekannt. Nach dem Geschmack seiner Mutter war sie »etwas zu heroisch« geraten, räumte Koelliker ein. Er und seine zwei Schwestern Anneliese und Jeannette sind Enkel von Silvio Gesell. Sie haben ihren Grossvater jedoch nie persönlich kennen gelernt. Ihre Mutter Johanna (1893-1954) war das vierte Kind von Silvio Gesell und Anna, geb. Böttger. Johanna, die liebevoll »Tutti« genannt wurde, kam in Argentinien zur Welt und wuchs auf einem Bauernhof in Les Hauts-Geneveys in der Schweiz auf, dort wo Gesell von 1900-1917 den grössten Teil seiner »Natürlichen Wirtschaftsordnung« schrieb.

Johanna Gesell ging in der Schweiz zur Schule und führte als junge Frau lange das Sekretariat für ihren Vater, der 1919 von den revolutionären Räten nach München gerufen wurde und nach dem Scheitern der

**»Man muss heute
neu fragen, was
Geld eigentlich ist.«**

Ersten Räterepublik nicht mehr in die Schweiz zurückkommen durfte. Johanna ging nie mehr nach Argentinien. Sie war Mitglied beim »Wandervogel«, damals eine alternative Jugendbewegung. In diesen Gruppen wurde viel gesungen, man kochte gemeinsam und



Gesell-Büste mit Emil Koelliker und Hansruedi Weber ...

unternahm Wandertouren. In einer solchen Gruppe lernte sie Emil Koellikers Vater kennen.

Der Vater von Emil Koelliker, der ebenfalls Emil hiess, arbeitete eine Zeit lang in der Region Neuenburg. Aufgewachsen war er in Zürich, wo auch die Familie nach der Heirat im Jahr 1919 wieder wohnte. Der Vater war Kaufmann mit eigenem Geschäft. Zu Besuch auf den Zollikerberg kamen viele Freiwirtschaftler: Fritz Schwarz, Werner Schmid, Werner Zimmermann usw.

Anlässlich des Generalstreiks 1918/19 war Vater Koelliker gegen die Streikenden, während Silvio Gesell auf der Seite der Streikenden stand. Doch wahrscheinlich haben sich Gesell und sein Schwiegersohn nie persönlich kennen gelernt, denn die Heirat mit Tutti fand ja erst im Jahr 1919 statt, als Gesell bereits nicht mehr in die Schweiz einreisen durfte.

Freiwirtschaft damals und heute

An einer Tagung zum Gedenken an Silvio Gesell liess Walter Guidon aus dem Bündnerland einen grossen Felsblock nach Les Hauts-Geneveys bringen. An diesem Fels wurde eine Gedenktafel für Gesell angebracht,

Verkannte Chance: Freigeldinitiative 1951

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde die Freiwirtschaft als mögliche Grundlage einer neuen Wirtschaftsordnung intensiv diskutiert. Im Jahre 1949 startete die Schweizer Freigeldbewegung eine Volksinitiative »zur Sicherstellung der Kaufkraft und Vollbeschäftigung (Freigeldinitiative)«. Diese Initiative wurde durch die Volksabstimmung vom 15. April 1951 mit rund 88% Nein-Stimmen abgelehnt, und erhielt weniger Ja-Stimmen als Unterschriften zum Einreichen der Volksinitiative gesammelt wurden. Angenommen wurde aber der Gegenentwurf zur Volksinitiative vom Volk mit 69.0% und in 22 Ständen.

(Ausschnitt aus Wikipedia,
Suchbegriff »Freiwirtschaft«)



... bei der Freien Gemeinschaftsbank

die immer noch zu besichtigen ist an der Strasse von Neuenburg nach Vue des Alpes/NE. Walter Guidon war ein grosser Verehrer Gessells und aktiv in der Liberalsozialistischen Partei (LSP) und bei den Freiwirtschaftlern. Er besuchte zu seiner Lebzeit im Bündnerland viele Leute und erzählte von Silvio Gesell und seinen Freiwirtschaftsideen. Emil Koelliker selber war bei der Aargauer LSP-Gruppe dabei. Die Aktivitäten des neuen Vereins Monetäre Modernisierung (MoMo) mit dem Thema Geldschöpfung erinnern ihn sehr an die damalige Zeit.

Emil Koelliker hält es für sehr wichtig, dass die MoMo-Initiative in Zukunft von mehreren, sicher jedoch von einer grossen politischen Partei mitgetragen wird. Ansonsten habe sie keine Chancen. Er findet das Thema für eine Volksinitiative, wie MoMo sie plant, kompliziert. Hansruedi Weber erklärt, dass der Aufhänger der Bundesverfassungsartikel 99 sein müsste, in dem nur Münzen und Noten erwähnt sind, nicht aber das heute immer wichtigere Giral- oder Buchgeld. Das Interesse für diese Thematik wächst. So war die Gruppe im Juli 2011 bei der Wochenzeitung (WOZ) eingeladen, um die Geldschöpfungsreform vorzustellen. Im September 2011 folgte ein Gespräch mit der Fraktion der GRÜNEN in Bern. Auch dort wurde das Thema mit grossem Interesse aufgenommen.

Emil Koelliker erinnert sich an die Zeiten seiner politischen Aktivität, beispielsweise an das Jahr 1951, als Ernst Nobs, Bundesrat der Sozialistischen Partei (SP) am Abend vor der Abstimmung die Volksinitiative der Freigeldbewegung zerpfückte und niederredete und damit zum überwältigenden Nein-Stimmen-Anteil mindestens beitrug. Koellikers

»Die Menschen verstehen den Grundgedanken hinter dem Alternativgeld noch nicht. Bei größerem ökonomischen Interesse und Bewusstsein würden sie die Vorteile viel mehr zu schätzen wissen.«

Hoffnungen in Bezug auf linke Politik wurden dadurch massiv und langfristig erschüttert.

Emil Koelliker meint, dass zur Zeit von Silvio Gesell das Thema Geldschöpfung noch nicht so akut war wie heute. Es gab damals den Wechsel, der der heutigen Kreditierung nahe komme. Doch das Wechselgeschäft war nicht sehr verbreitet. Er erinnert sich noch gut an die Zeit, als der Monatslohn noch in Papiertüten mit realem Geld ausbezahlt wurde. Das ist noch gar nicht so lange her. Doch mit dem elektronischen Zeitalter fiel diese Auszahlungsart weg. Man muss heute neu fragen, was Geld eigentlich ist. Und damit beschäftigen sich ja die jüngeren Freiwirtschaftler und Geldsystemreformer intensiv.

Bewusstsein für Alternativgeld

Emil Koelliker arbeitete seinerzeit als Chemiker und war eine Zeit lang in England tätig. Dort gab es, erinnert er sich, eine Pfundno-

te mit dem Aufdruck: »Promise to pay one pound« – also ein Versprechen, ein Pfund aus-zuzahlen. Die Geldnote an und für sich war wertlos.

Koelliker war oft enttäuscht, dass sich die Kinder von Freiwirtschaftlern keinen Deut für dieses Thema interessierten. Doch heute scheint eine neue Generation heranzuwachsen, die sich wieder Gedanken in Richtung Freiwirtschaft macht, insbesondere in den Kreisen der Tauschring- und Regiogeld-Bewegung.

Das Thema Regiogeld hat vor allem in Deutschland Aufschwung. In der Schweiz ist das WIR-Geld, das hier bereits eine lange Tradition besitzt, bei den Unternehmern nicht sehr beliebt. Die Hauptfrage ist: »Wie werde ich meine WIR wieder los?« Emil Koelliker meint, dass die Menschen den Grundgedanken hinter dem Alternativgeld nicht verstehen. Bei größerem ökonomischen Interesse und Bewusstsein würde man die Vorteile viel mehr zu schätzen wissen.

Was dem Gesell-Enkel noch besonders wichtig ist: Er möchte festhalten, dass Silvio Gesell von grossem Freiheitsdrang beseelt war. Deshalb nannte er sein Werk »Natürliche Wirtschaftsordnung« und darum war er scharf gegen die staatlichen Reglementierungen des Kommunismus und des Nationalsozialismus.

Nach dem ausführlichen und interessanten Gespräch wurden wir noch zu einer wunderbaren Käseplatte eingeladen. Ganz herzlichen Dank an Frau und Herrn Koelliker für die gemeinsamen und sehr interessanten Stunden! Und zu guter Letzt noch eine gute Nachricht: Die Büste von Silvio Gesell hat inzwischen einen ehrwürdigen Platz gefunden, und zwar bei der FGB, der Freien Gemeinschaftsbank in Basel.



Monica Gassner-Rusconi betreut seit Anfang 2010 das INWO-Sekretariat in Wettingen und ist seither kompetente Ansprechpartnerin für Mitglieder und Interessenten. Erreichbar ist das Sekretariat per Post (INWO Schweiz, Postfach 3161, 5430 Wettingen 3), telefonisch unter 056 4266090 sowie per E-Mail an buero@inwo.ch.

Der Auftrag der Europäischen Zentralbank und wie er erfüllt werden kann

Die EZB stößt mit ihren bisherigen Mitteln geldpolitisch an ihre Grenzen. Um die Überschuldung und hohe Zinsbelastung im Euro-Raum nachhaltig zu reduzieren, fordert die INWO innovative Lösungen - und zwar ohne durch allzu rigoroses Sparen den sozialen Frieden zu gefährden.



Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems ist es der Deutschen Bundesbank bzw. später der Europäischen Zentralbank mit ihrer Zinspolitik gelungen, die Inflationsrate in der Bundesrepublik bzw. der Eurozone relativ gering zu halten. Die Unabhängigkeit der EZB ist hierbei von zentraler Bedeutung. Mit der Einführung des Euro konnte der Zahlungsverkehr innerhalb der Europäischen Union stark vereinfacht werden, was dem Europäischen Binnenmarkt sehr zugute kommt.

Bisher konnte jedoch weder die EZB noch eine andere Zentralbank Spekulationsblasen verhindern, deren Platzen die Wirtschaft – zuletzt global gesehen – immer wieder in Krisen führt. Indessen mussten die immensen Verluste nach dem Platzen der Blasen mit fiskalpolitischen Mitteln aufgefangen werden, wodurch die ohnehin schon angespannte Haushaltslage in vielen Ländern drastisch verschärft wurde. Während der Krise hat die EZB obendrein kein geeignetes Instrument, um positive monetäre Impulse zu setzen, wenn die Geldmarktzinsen beinahe Null sind und deshalb kein weiterer Senkungsspielraum für die Hauptrefinanzierungszinsen mehr besteht.

Daher vertritt die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung Deutschland e.V. folgende Forderungen an die EZB. Durch eine dementsprechend geänderte Zinspolitik kann mittel- und langfristig die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte im Euro-Raum nachhaltig reduziert werden. Damit wird ein Schuldenabbau möglich, ohne durch allzu drastische Sparmaßnahmen den sozialen Frieden zu gefährden. Nachstehend werden die positiven Wirkungen, die ebenso Unternehmen und Privathaushalte betreffen, erläutert.

Forderungen

1. Die Überschussreserven und Einlagen der Geschäftsbanken bei der EZB sind mit einer Gebühr, die mittel- bis langfristig auf 6% p.a. festzusetzen ist, taggenau zu belasten.

2. Die Euro-Banknoten sind derart umzugestalten, dass es möglich wird, die Haltung

der Banknoten ebenfalls kostenpflichtig zu machen. (Eine detaillierte Technologie ist auf www.humane-wirtschaft.de/02-2010/Seltmann-Umlaufsicherung_von_Banknoten.pdf zu finden.)

Das gilt auch für die Kassenbestände der Geschäftsbanken. Die Gebühr muss vom jeweiligen Halter gezahlt werden und fällt schließlich der EZB zu. Die EZB zieht die Gebühr den Geschäftsbanken bei Einzahlungsvorgängen ab. Hierbei richtet sich die Höhe der Gebühr für eine Banknote taggenau nach der Zeitspanne seit der Auszahlung derselben. Dem Publikum entsteht die Gebühr bei Einzahlung bei der Geschäftsbank/Zentralbank bzw. Verwendung der Banknoten nach Ende eines Quartals in Höhe eines Viertels der Jahresgebühr.

3. Langfristig wird wie bisher der Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG-Zins) mit Blick auf das Preisniveau nach oben oder

Die dargelegten Änderungsvorschläge können und sollten sowohl in der Euro-Zone als auch in anderen Währungsräumen angewandt werden. Die INWO befürwortet keinesfalls den Zerfall des Euro-Raumes bzw. den Ausstieg eines oder mehrerer Länder. Sollte es aber dennoch dazu kommen, hätte die EZB die Aufgabe, die Euro-Einführung geordnet rückgängig zu machen.

Auch die hiernach wieder einzelstaatlichen Zentralbanken sollten die beschriebenen Vorschläge beherzigen. Denn zum einen geht ein solcher Zerfallsprozess sehr abrupt und mit großer Unsicherheit für die Menschen einher. Aus Vorsicht könnte von den neuen (alten) Landeswährungen viel Geld liquide gehalten werden und die Krise verstärken. Ist die Geldhaltung jedoch mit Kosten verbunden, wird die Konjunktur gefördert. Weiterhin von Vorteil sind die Maßnahmen mit Blick auf die Schuldenentwicklung, denn kaum ein Euro-Land ist nicht überschuldet. Drittens wirken die Maßnahmen in Ländern mit geringerer Staatsverschuldung und hoher Wettbewerbsfähigkeit einer übertriebenen Aufwertung der Landeswährung – wie sie derzeit beim Schweizer Franken zu beobachten ist – entgegen.

unten angepasst. Die EZB nutzt dabei den durch die Gebühr (siehe 1.) hinzugewonnenen Spielraum nach unten, d.h. u.U. auch in den negativen Bereich. Zielbereich für die Änderung des Verbraucherpreis-Index ist $\text{Null} \pm 0,5\%$ pro Jahr. Die Mindestreserven der Geschäftsbanken werden mit dem HRG-Zins verzinst.

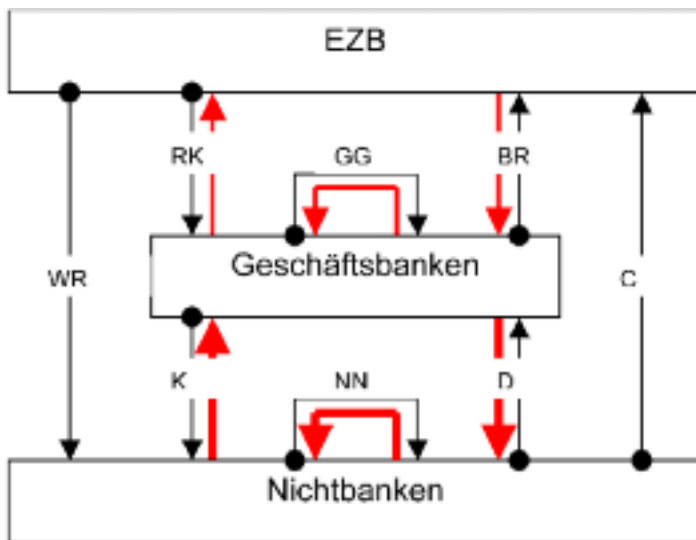
4. Die Praxis der Besicherung von Refinanzierungsgeschäften ist beizubehalten.

Wirkungen ...

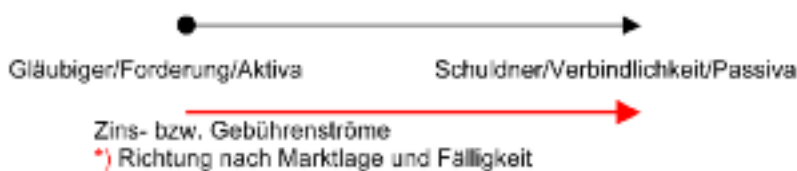
... bei der EZB: Die Kostenstruktur der EZB im Refinanzierungsbereich dreht sich um. Die eingenommenen Gebühren aus der Haltung von Banknoten und Bankreserven tragen zum Notenbankgewinn bei. Die Kosten durch die Gewährung der Refinanzierungskredite schmälern den Notenbankgewinn. Es bleibt abzuwarten, wie der Notenbankgewinn sich per Saldo gegenüber bisher verändert. Anzunehmen ist eine Verringerung, bedingt durch die zukünftig auf ein Minimum verringerte Geldnachfrage.

... bei den Geschäftsbanken: Die Kostenstruktur der Geschäftsbanken im Refinanzierungsbereich dreht sich ebenfalls um. Es entstehen ihnen Kosten durch die Haltung der Aktiva. Die entsprechenden Passiva werfen Erlöse für die Geschäftsbanken ab. Die billige Refinanzierungsmöglichkeit der GB über die Zentralbank – bei Kostenpflicht für die Barreserven – drückt die kurzfristigen Geldmarktsätze (z.B. EURIBOR) auf Werte nahe dem HRG-Zins. Als weitere Konsequenz werden die Geschäftsbanken auch von den Nichtbanken kurzfristige Einlagen nur noch zu Bedingungen ähnlich denen am Interbankenmarkt hereinnehmen. Günstigere Bedingungen bekommen langfristige Einleger, welche der Bank keine Kosten für Mindestreserve und Kassenhaltung verursachen.

Der Wettbewerb unter den Geschäftsbanken sorgt mittelfristig dafür, dass die gesunkenen Zinskosten der Geschäftsbanken an die Kreditnehmer weitergegeben werden müssen. Nach wie vor haben die Geschäftsbanken die Möglichkeit zur Fristentransformation nach eigenem Risikomanagement. Die Marge wird



Legende:



WR: Währungsreserven
 RK: Refinanzierungskredite
 BR: Bankreserven
 K: Bankkredite
 D: Einlagen
 C: Banknoten
 GG: Interbankenmarkt
 NN: Kreditbeziehungen zwischen Nichtbanken (z.B. Wertpapierkredite)

sich auch wie bisher aus der Differenz zwischen Einlagen- und Kreditgeschäft ergeben. Wahrscheinlich ergibt sich in diesem Bereich sogar der Spielraum für eine leichte Anhebung der Marge, sodass der Druck, in den spekulativen Bereich auszuweichen, verringert werden kann. Damit würde das traditionelle Bankgeschäft gestärkt. Dabei wirkt auch das gesunkene Insolvenzrisiko der Kreditkunden vorteilhaft (vgl. 4.).

... bei den nicht-finanziellen Unternehmen: Sie profitieren einerseits durch die mittels der Gebühr stimulierte und stabilisierte Nachfrage sowie andererseits durch die sinkenden Zinsen für Investitionen. Dieses günstige Investitionsklima wirkt sich positiv auf die Konjunkturentwicklung aus.

... bei den privaten Haushalten: Arbeitnehmer werden sich einer anhaltend gestiegenen Nachfrage nach ihrer Arbeitskraft gegenübersehen. Das Risiko des Arbeitsplatzverlustes nimmt ab und die Verhandlungsposition für Tarifkonditionen verbessert sich. Ver- bzw. überschuldete Privathaushalte können durch Umschuldung auf wesentlich günstigere Konditionen ihre Schulden nach und nach abbauen. Die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften senkt das private Insolvenzrisiko. Sie führt außerdem zu einer Arbeitsmarktentwicklung in Richtung Vollbeschäftigung, was die Zahl der Sozialleistungsempfänger reduziert und somit für die verbleibenden die notwendigen Transferleistungen sicherstellt. Die verbreiterte Beschäftigungs-

basis entlastet zudem die Rentenkassen, was wiederum den Empfängern von Altersrente zugute kommt. Die Kapitaleinkünfte verringern sich. Dies wird jedoch für die meisten Haushalte durch das steigende Arbeitseinkommen überkompensiert.

... beim Staat: Der Staatshaushalt wird entscheidend entlastet. Einerseits durch steigende Steuereinnahmen, andererseits durch verringerte Sozialausgaben, und nicht zuletzt durch wesentlich geringere Zinslasten. Die Bonität und damit das Rating von Staatsanleihen verbessert sich nachhaltig.

... in der Außenwirtschaft: Der Außenwert des Euro wird zunächst abnehmen, um sich mittelfristig auf einem geringeren Wert zu stabilisieren. Das ist insbesondere für die europäische Exportwirtschaft aber auch für die Binnenwirtschaft von Vorteil. Langfristig ist jedoch zu erwarten, dass das Ausland die Vorteile der skizzierten Veränderungen erkennen und dem Vorbild folgen wird, wodurch die Abwertung und damit die außenwirtschaftlichen Vorteile des Euro-Raumes wieder aufgehoben werden.

In allen Sektoren wird die Lage stabilisiert. Weitreichende Finanzkrisen werden weit weniger wahrscheinlich als gegenwärtig, denn Spekulationen, welche im großen Umfang auf Zentralbankgeld angewiesen sind, werden unattraktiv, was langfristig zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte beiträgt. Bei der Geldhaltung erhält das Transaktions- bzw. Vor-

sichtsmotiv Vorrang. Das Preisniveau kann durch Änderungen des HRG-Zinssatzes im Gegensatz zu heute zielgenauer beeinflusst werden. Und zwar abzielend auf eine Inflationsrate, die wirkliche Preisstabilität darstellt, nämlich Null. Eine sich selbst verstärkende deflationäre Tendenz (Liquiditätsfalle) ist auch bei einer Rate leicht unter Null nicht zu befürchten, da zwar einerseits durch den gesunkenen Kapitalmarktzins die Opportunitätskosten der Geldhaltung sinken, was die Geldnachfrage zur Wertaufbewahrung erhöht. Andererseits ist die Haltung von Geld mit Kosten verbunden, welche diesen Effekt neutralisieren.

Kommt es dennoch zu Krisen, werden diese wesentlich geringere Ausmaße annehmen als heute, denn die krisenbedingte Vorsicht der Banken und privaten Kassenhalter wird ausbalanciert durch den Verlust, den zu hohe Kassenhaltung verursacht.

Kriminelle Geschäfte und Schwarzarbeit werden erschwert, denn zur Anonymisierung werden sie hauptsächlich in Banknoten abgewickelt, bedingen also eine große Transaktionskasse, für die nun periodische Kosten anfallen.

Mithilfe der dargelegten Maßnahmen könnte die EZB ihrem eigentlichen Auftrag (s. S. 20) gerechter werden, statt wie jetzt zur Gelddruckmaschine zu werden.

Referenz: Goodfriend, Marvin: »Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy«, Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 32(4)

Überreichtum erzeugt Armut



Prof. Günther Moewes ist Wirtschaftswissenschaftler und Publizist. Er hatte die aktuelle Krise bereits vorausgesagt. Zudem kritisiert er, dass die Verursacher der Misere zu Beratern wurden. Mit ihm sprach Tino Nowitzki.



Wo hatte die aktuelle Krise ihren Ursprung?

In den global überall angehäuften Zockerbillionen. Die erzeugen wiederum die Schulden. Denn all die Milliarden werden ja irgendwo als Kredit vergeben. Sie werden nicht unter Matratzen versteckt.

Was hat das mit Arm und Reich zu tun?

Dieser Überreichtum von einem Prozent der Bevölkerung erzeugt die Armut auf der anderen Seite. Die neuen sogenannten Finanzprodukte beschleunigen diese Ungleichverteilung noch. Inzwischen verdoppeln sich Vermögen und Schulden alle neun Jahre.

Wir haben also in erster Linie eine Verteilungskrise der privaten Zockerbillionen. Die Staatsschulden mästen die privaten Milliardenvermögen immer weiter, weil sie diese ständig mit Zinsen aus Steuergeldern bedienen müssen, allein in Deutschland mit über 80 Milliarden pro Jahr. Ohne Reduzierung der Megavermögen steigen die Schulden immer an. Eine gesetzliche Schuldenbremse ist dann nur internes Umwälzen auf Unternehmen und Haushalte.

Wann begann sich die Finanzkrise vom realen Wirtschaftsleben zu verabschieden?

Seit die um den Globus vagabundierenden, leistungslos erwirtschafteten Zockermilliarden den Bedarf der Realwirtschaft zu übersteigen begannen. Heute betragen sie bereits das Zwanzigfache. Seit man Schulden verbriefte und diese Verbriefungen mithilfe immer neuer Kredite kaufte. Seit man Tilgung und Zinsen nur noch mit immer neuer Neuverschuldung bezahlen konnte. Und so fort...

Wieso hat die Politik nicht eingegriffen?

Zum Teil aus Dummheit, zum Teil aus Komplizenschaft mit den Superreichen – was unter anderem durch deren Freundschaften mit ehemaligen Ministerpräsidenten belegt wird. Anstatt auf diejenigen zu hören, die die Krise seit Jahrzehnten prophezeit haben, machte sie ausgerechnet die Verursacher zu ihren Beratern. »Rettungsschirme«, »Rettungsflutungen«, Kaputtsparen wie durch

Reichskanzler Brüning in den 30er-Jahren – das alles erhöht die Umverteilung von unten nach oben, anstatt sie zu überwinden. Ein Ausweg ist nur möglich, wenn die privaten Vermögensbillionen wenigstens teilweise und sukzessiv über Steuern wieder der Realwirtschaft zugeführt werden. Das wird aber immer schwerer politisch durchsetzbar.

Wer sind die Hintermänner und Profiteure?

Schuld ist auch eine kapitalhörige Mainstream-Ökonomie. Wenn man den Reichen nur gewähren lassen würde, tropfe für die Armen schon genug herab. Darauf ist die Politik nur allzu gern hereingefallen.

Wer bezahlt am Ende die Rechnung?

Die Rechnungen bezahlen grundsätzlich alle, die selber keine Rechnung stellen können, in denen sie die Kosten weiterwälzen. Das sind die unselbstständig Arbeitenden, die Lohn- und Gehaltsabhängigen und Rentner. Das gilt nicht nur für die Finanzkrise, sondern für alle Lebensbereiche.

Wie sieht die Inflationsrate in fünf Jahren aus?

Wenn die Zentralbanken weiter die Welt mit Dollar fluten oder marode Staatsanleihen aufkaufen, steigt sie. Und das ohne die Arbeits-einkommen entsprechend zu erhöhen. Sie wird auch steigen, weil Inflation oder ein Schuldenschnitt die einzigen Möglichkeiten zur schrittweisen Entschuldung sind. Ein Schuldenschnitt träfe auch die Milliardenvermögen. Diese können sich allerdings vor einer Inflation in andere Währungen oder in Sachwerte flüchten. Man kann sagen: wie man es am Ende auch dreht – letztlich trifft es wieder uns alle, die Lohn-, Gehalts- und Rentenabhängigen. ■

Dieses Interview erschien ursprünglich am 27.12.2011 unter dem Titel »Warum wird so wenig gegen die Kluft zwischen Arm und Reich getan?« in der Thüringer Allgemeine (TA). Im Internet ist es zu finden unter: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/wirtschaft/detail/-/specific/Die-Krise-besser-verstehen-Kluft-zwischen-Arm-und-Reich-199823352>
Wir bedanken uns für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Der Auftrag der EZB

ergibt sich aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV):

Artikel 2

Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

Artikel 105

(1) Das vorrangige Ziel des ESZB (Europäisches System der Zentralbanken, Red.) ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen. Das ESZB handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und hält sich dabei an die in Artikel 4 genannten Grundsätze.

Aymo Brunetti: Wirtschaftskrise ohne Ende? US-Immobilienkrise, Globale Finanzkrise, Europäische Schuldenkrise. hep Verlag, Bern 2011, 176 S., 22.00 €, ISBN 3039056883

Aymo Brunetti leitet die Direktion für Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), das dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement untersteht, und er ist Professor an den Universitäten Basel und Bern. Sein Buch soll anschaulich aufzeigen, wie die globale Wirtschaftskrise entstanden ist, wie die Regierungen, respektive die Zentralbanken darauf reagiert haben, und der Frage nachgehen, was in nächster Zukunft noch auf uns zukommt. Gemäss Brunetti werden die Folgen der Krise noch länger anhalten und er sieht dementsprechend Handlungsbedarf.

Am Anfang der Finanz- und Wirtschaftskrise steht für Brunetti wie für viele andere auch die US-Immobilienkrise. Den Hauptgrund, weshalb die damit verbundene Bankenkrise direkt in die Staatsschulden- und Eurokrise überging, sieht der Autor in der nach der Euro-Einführung fehlenden Möglichkeit, wie zuvor mit einzelstaatlichen Währungen Kurskorrekturen durchzuführen. Es muss allerdings erwähnt werden, dass die besonders kritischen Länder bereits vor 2008 stark überschuldet waren. Während diese Staaten in der Zeit zwischen 2000 und 2008 von tiefen Zinsen profitieren und sorglos Kredite aufnehmen konnten, wurde ihnen ab 2008 die verminderte Risikofreudigkeit der Banken zum Verhängnis.

Lösungsansätze kommen im Buch zwar nicht zu kurz, allerdings sind diese aus freiwirtschaftlicher Sicht unzureichend. Letzten Endes hofft auch Brunetti, dass durch Wirtschaftswachstum die Exporte in den betroffenen Ländern zunehmen und das Bruttoinlandsprodukt wieder wächst. So könnten wieder ausgeglichene Staatshaushalte erreicht werden, glaubt er allzu optimistisch. Ausserdem werden Massnahmen wie eine stärkere Überwachung des Finanzmarkts, spezielle Regulierungen der Banken und ein Krisenmanagement für die Eurozone erwähnt. Ein Austritt der Krisenstaaten aus der Eurozone ist für ihn kein gangbarer Weg. Die Rückkehr zu landeseigenen Währungen sei für die Krisenländer zum heutigen Zeitpunkt eine zu grosse Belastungsprobe. Ebenfalls abwertend äussert sich Brunetti zu Negativzinsen. Er befürchtet, die Sparer wür-

den ihr Geld abheben und anderswo, etwa zu Hause unter der Matratze, aufbewahren. Genau hier müsste eigentlich der freiwirtschaftliche Ansatz mit der Umlaufgebühr auf Bargeld zur Diskussion kommen. Brunetti nennt aber leider keine der Lösungsansätze der Geld- und Bodenreformbewegung, auch die freiwirtschaftlich inspirierten Regionalwährungen bleiben unerwähnt. So haben wir mit dem vorliegenden Buch eine gut lesbare und zum Verständnis der Zusammenhänge nützliche Abhandlung, kommen damit aber nicht weiter, wenn wir nach langfristig tragfähigen Lösungen suchen.

Roland Stebler

Thomas Brändle, Dominik Riedo: Über Geld schreibt man doch! Eine Pen-Club-Anthologie, Zytglogge Verlag, Oberhofen 2011, 272 S., 36.00 Sfr / 30.00 €, ISBN 978-3-7296-0832-0

Entstanden ist dieses Buch durch den Impuls von Thomas Brändle, selbst geldsystemkritischer Schriftsteller («Das Geheimnis von Montreux», 2008). Um das Geld-Tabu im schriftstellerischen Bereich auf breiter Front zu brechen, verwirklichte er zusammen mit dem Schweizer PEN-Club dieses Projekt. Brändle: »Ich finde, dass die Finanzkrise immer in einem sehr oberflächlichen und komplizierten Kontext diskutiert wird. Dies ist meiner Meinung nach einer der Gründe, weshalb die meisten Leute sich nicht damit auseinandersetzen. Deshalb war es mir ein Anliegen, Literaten herbeizuziehen, die eine einfache und verständliche Herangehensweise anstreben. Das Buch enthält vier wissenschaftliche Texte, und 25 Schweizer Autoren wurden in Kenntnis dieser vier Impulstexte aufgefordert, sich Gedanken über das Thema Geld zu machen. So sammelten sich Gedanken, Ansichten, Analysen, Fantastereien, Humoresken, Ideen und Visionen. Der Leser kann so einen vielfältigen Eindruck der Materie gewinnen.« (Neue Zuger Zeitung, 26.11.11)

Die Wissenschaftler Sandra Mass, Hans Christoph Binswanger, Heinzpeter Znoj und Peter Hablützel beleuchten das Tabu Geld in spannenden und analytisch wertvollen Beiträgen aus historischer, ökonomischer, ethnologischer und politischer Sicht. Unter den Literaten sind Sibylle Berg, Roman Bucheli, G.M. Cavelty, Claude Cueni, Michael Groneberg, Franz Hohler, Tanja Kummer, Sandra Küenzi, Milena Moser, Isolde Schaad und Michail Schischkin. Man erfährt neben vielem anderen, dass früher Edelmetalle sakralen Charakter hatten und dass Geldbesitz nicht immer alltäglich war. Erst nur in den Händen der Adligen und Händler, gelangte Geld erst im 19. Jahrhundert auch in die der städtischen Dienstmädchen und bäuerlichen Knechte, die dann damit begannen, den kleinen Überrest ihres Lohnes auf

einem Konto der sich zunehmend verbreitenden Sparkassen und Raiffeisenbanken anzulegen, um auf eine Eheschliessung mit Haushaltsgründung vorbereitet zu sein.

Heinzpeter Znoj beschäftigt sich mit traditionellen Zahlungsmitteln Afrikas und Melanesiens, dem so genannten »primitiven Geld«.

Im literarischen Teil werden manche Fragen aufgeworfen, so »Geld allein macht nicht glücklich, oder etwa doch?« Titel wie »Geben ist seliger als Nehmen«, »Fabelwesen Geld« und »Glauben, wetten, hoffen« versprechen interessante Erfahrungen mit dem heute so »normalen« Geld.

Geld begegnet uns in Gedichtform, ein Fragebogen animiert zum Nachdenken und ein Beitrag fordert doch tatsächlich: »Moneyfesto: Befreit unser Geld!«. Wie die SUIISA ihre Urheberrechte verwaltet und die Einnahmen weiterverteilt, wie mit Fussball Geld verdient werden kann und wie in Amerika Freunde trotz Arbeitslosigkeit sorglos weiter ins Luxusrestaurant gehen und per Kreditkarte bezahlen, all das erleben wir in abwechslungsreichen, kurzweiligen Geschichten. Wir begleiten auch eine Reise nach Griechenland, in der schon mal ein »Denkmal zum Volksprotest 2011 gegen die Sparmassnahmen der damaligen Regierung Papandreou« vorweg genommen wird. Lottobanco verwöhnt mit Zahlengurgeln und Tabellensex. Willis grosser Willischlund kauft Rainers Haus im Eimer. In »Fuck it, let's just burn it« landet das Geld als Asche im Topf. Neben allem findet sich das Drama »Die Soziale Marktwirtschaft«.

Außer den Schriftstellern kommen im Buch auch eine ganze Reihe von Menschen – auch solche des öffentlichen Lebens – zu Wort, die sich im Blog auf <http://themageld.blogspot.com> gemeldet haben, den man bis heute lesen und mit weiteren Beiträgen selbst ergänzen kann.

Und letztlich, zugehörig zum beiliegenden Buchzeichen, das von ihm entworfen wurde, ist Hendrik Barths Text »Wasser-Zeichen« zu lesen, eine kleine Utopie zur Zukunft des Geldes.

Alles in allem ein höchst unterhaltsames Werk mit literarischen und wissenschaftlichen Qualitäten. Dass man das Finanzsystem nach der Lektüre viel besser versteht als vorher, kann nicht garantiert werden. Dass man seinen Blick in die Vielfalt dessen, wie Geld in unser Leben hineinwirkt, schärft und erweitert, das schon.

Monica Gassner, Hendrik Barth



Termine Deutschland

■ **Sa.-So., 16.-18. März 2012, Reinhardswaldschule in Fuldatal bei Kassel**

150. Geburtstag des Sozialreformers Silvio Gesell – 50. Mündener Gespräche

Nähere Einzelheiten unter:

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de bzw. www.muendener-gespraech.de

■ **Sa., 24. März, 10.30 – 18.30 Uhr, im Ka-Eins, Ökohaus am Westbahnhof, Kasseler Str. 1a, Frankfurt am Main**

Mitgliederversammlung der INWO Deutschland

Der Veranstaltungsort: www.ka-eins.de

■ **Sa., 31. März 2012, Salzburg Congress, Auersperger Str. 6, Salzburg AT**

Raus aus der Finanzsackgasse, neue Wege für die Gesellschaftsordnung!

eine Großveranstaltung zum Thema Geld u.a. mit Bernd Senf und Franz Hörmann

Der Trailer zur Veranstaltung ist nun fertig und kann auf der Homepage angesehen werden: <http://www.top-info-forum.com>

■ **Di., 3. April 2012, 19.00-21.30 Uhr, Auslands-gesellschaft, Steinerstr. 48 (hinter dem Hauptbahnhof)**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund

Monatlich treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen! Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Sa., 21. April 2012, 11.00-16.00 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln**

Wege aus der Schuldenkrise – Aufgaben von Wirtschaft und Banken in der Zeit »danach«

Vorträge und Rundgespräch mit Prof. Dr. Dirk Löhr, Manuel Schürmann, Antje Schneeweis (Südwind-Institut), Dr. Martin Kessler (Wirtschaftsjournalist, Rheinische Post), Dr. Wolfgang Uellenberg van-Dawen (Leiter des Büros Politik und Planung ver.di)

Finanzkrise, Bankenkrise, Wirtschaftskrise, Eurokrise – Occupy Wallstreet! Ist dies das Ende unseres Finanz- und Wirtschaftssystems? Mehr denn je diskutiert nun auch eine breitere Öffentlichkeit über ein faires Geldsystem, über nachhaltiges und faires Wirtschaften. Doch welche Alternativen haben wir? Wie könnte eine Welt mit einem gerechteren Geldsystem aussehen? Wir sprechen mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft und informieren über

Wege hin zu einer nachhaltig funktionierenden Marktwirtschaft mit einer stabilen Währung. Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln, Infos: Koeln@INWO.de

■ **Di., 1. Mai 2012, 19.00-21.30 Uhr, Auslands-gesellschaft, Steinerstr. 48 (hinter dem Hauptbahnhof)**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund

Monatlich treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen! Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Sa.-So., 5.-6. Mai 2012, Köln**

Neues Geld braucht das Land

2. Tagung des Initiativkreises 9,5 Thesen
Weitere Infos: www.9komma5thesen.de

■ **Mo., 7. Mai 2012, 15.00-17.00 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln**

Was passiert mit meinem Geld? Basiswissen Finanzen und Wirtschaft

Seminar für Lehrende und Multiplikatoren mit Ralf Becker

Mit ein wenig finanz- und volkswirtschaftlichem Basiswissen lassen sich die komplexen Zusammenhänge unseres Finanzsystems besser erfassen. Es lässt sich dann vor allem auch darüber nachdenken, welche Alternativen es zum gängigen System der Finanz- und Marktwirtschaft gibt. Wir sprechen über Geldvermögen, Schulden, Zinsentwicklung, Regionalwährungen und andere komplementäre Geldsysteme, ethische Geldanlagen, Bank ohne Zinsen, Wirtschaftsringe mit eigener Währung oder Tauschringe.

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln, Infos: Koeln@INWO.de

■ **Di., 5. Juni 2012, 19.00-21.30 Uhr, Auslands-gesellschaft, Steinerstr. 48 (hinter dem Hauptbahnhof)**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund

Monatlich treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen! Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Do., 7. Juni 2012, ab 13.00 Uhr, Freie Waldorfschule, Berthastrasse 15, Leipzig**

fairventure-Kongress

Referenten: Peter Krause, Margrit Kennedy, Prof. Bernard Lietaer, Jens Martignoni, Veronika Spiel-

bichler, Hildegard Kurt, Johannes Heimrath
Außerdem: rhythmische Episoden, Themen-oasen, Infostände, Dialog von und mit ExpertInnen, Intensivseminare (Voranmeldung erforderlich), Diskussion zu verschiedenen Themen

Weitere Infos unter: www.fairventure.de

■ **Sa., 9. Juni 2012, 11.00-20.00 Uhr, Arena Leipzig**

Lust auf neues Geld? Ein großes, spannendes Erlebnis

Großveranstaltung mit Kabarett, Vorträgen, Musik

Die Welt ist im Umbruch. Mit Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 ist das Vertrauen in unser Wirtschaftssystem geschwunden. Weder Politik und Wissenschaft noch die Einrichtungen und Personen, auf die sich die Menschen seit Jahrzehnten »blind« verlassen haben, konnten diese Krise vorhersagen oder gar abwenden. So offensichtlich das Versagen einzelner Akteure auch sein mag, vielen Menschen ist bewusst, dass wir es mit einer fundamentalen Krise des Systems zu tun haben. Ohne grundlegende Änderungen am System birgt die noch lange nicht ausgestandene Krise die Gefahr, in einer chaotischen Katastrophe zu enden.

Weitere Infos unter: www.lust-auf-neues-geld.de, E-Mail: info@neuesgeld.net

INWO aktiv

Wer sich in der INWO engagieren möchte, hat die Möglichkeit, sich über den Mailverteiler INWO-aktiv mit anderen Aktiven auszutauschen.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Mail an: erich.lange@INWO.de



Mitgliedsantrag

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Alter, Beruf

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).

☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.

☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

☐ Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum

Unterschrift

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Bestellformular

☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.

☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf. Meine E-Mail-Adresse: _____

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



FAIRCONOMY Jahrgang 2011 komplett

Haben Sie eine Ausgabe verpasst? Solange unser Vorrat reicht, kann der ganze Jahrgang 2011 im Shop der INWO-D bestellt werden.
4 Stück für 8 €, zzgl. Versand

Vom sanften Tod des Rentiers



»Unwissenschaftlich und tendenziös, mit leichter Hand schnell hingeschrieben«, beschreibt Wolf sein eigenes Büchlein, das den langen, aber aussagekräftigen Untertitel trägt: Fantastilliarden zur Rettung der Banken und für die Aufrechterhaltung des Systems? ... der nahende Kollaps unserer Geld- und Finanzordnung und die blinden Flecken der Ökonomie ...

Als Ausweg aus der Krise empfiehlt der Autor den schlagartigen Ausbau von Tauschringen und

Regiogeld mit staatlicher Unterstützung. Außerdem eine Reform unserer Geldordnung, die die Haltung von Geld mit »Durchhaltekosten« verbindet.

novumpro 2011, 146 Seiten, Preis: 14.90 €, SFr 27,40

Margrit Kennedy

Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind.



Ein leicht verständliches Plädoyer für neues Geld, das zinsfrei, gerecht und stabil ist. Das Buch liefert eine Argumentation für eine neue Bewegung, die von unten entsteht und die Druck auf Politik und Wirtschaft ausübt, um endlich auch ein Geldsystem zu schaffen, das den Menschen dient und nicht dem Profit. Margrit Kennedy zeigt Wege, wie das Geld wieder zu einer steuerbaren öffentlichen Dienstleistung zum Wohle der gesamten Gesellschaft werden kann, statt eine Ware zu sein, die zu einem krankhaften Wachstumszwang führt.

J. Kamphausen, Taschenbuch, 112 Seiten, Preis: 9.95 €
Auch als E-Book erhältlich, Preis: 6.99 €

INWO Standpunkt 4

Banken in die Schranken? – Die Vermögen sind das Problem!

Wer auf der Suche nach den Ursachen unserer derzeitigen Krisen – gleichgültig ob im Bereich der Kapitalmärkte oder Staaten – auf die Banken zielt, trifft zwar die Richtung, aber zielt zu kurz. Helmut Creutz zeigt auf, wo wir eigentlich ansetzen müssten: Die Probleme hängen entscheidend mit dem Überwachstum der Geldvermögen zusammen, das wiederum aus dem Überwachstum der Zinsgutschriften resultiert. Dieses Überwachstum hat eine immer größere Diskrepanz zwischen Geld- und Realwirtschaft zur Folge. Um die Probleme zu lösen, brauchen wir eine Geldreform.

Hg. von INWO Deutschland 2011– für Mitglieder kostenfrei oder gegen eine freiwillige Spende!

NEU!

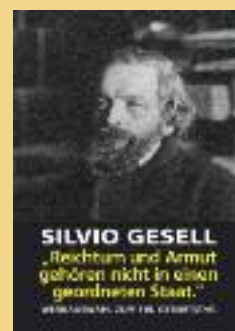


Silvio Gesell

»Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat.«

Werkauswahl zum 150. Geburtstag

Am 17. März 2012 jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozialreformerische Gedankenwelt vermitteln.



SILVIO GESELL
„Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat.“

Verlag für Sozialökonomie, Pb., 230 Seiten, Preis: 19.90 €

NEU!

Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.